

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Berauftragt mit der verantwortlichen Zeitung: Hofrat Doege in Dresden.

Mr. 64.

Montag, 18. März

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierfachlich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheint: Werktag nachmittags. — Herausgeber: Expedition Nr. 1296, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1-spaltige Grundseite oder deren Raum im Ankündigungssteile 30 Pf., die 2-spaltige Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingebracht) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Se. Königl. Hoheit der Kronprinz ist in Korsu eingetroffen.

Die Bergarbeiter im Zwicker und Augs.-Königl. Revier treten heute in den Streik.

In Wien fand gestern der erste österreichische Frauenstimmrechtsstag statt.

Nach dem offiziellen Communiqué hat die Ständige Kommission der internationalen Justizkonferenz gestern zwei Signungen abgeschlossen, nach deren Beendigung die diplomatischen Abkommen unterzeichnet wurden. Die Konvention ist danach auf eine Zeitspanne von fünf Jahren erneut worden.

Der deutsche Dampfer "Aegens" ist in der Nähe von Punta Gires an der marokkanischen Nordküste gestrandet. Der erste Offizier und ein Bootsmann sind ertrunken.

Auf der Yacht Italiana bei Tanganyik ereignete sich eine schwere Gasexplosion. 49 Leichen sind geborgen. Zehn Arbeiter erlitten überdies schwere Brandwunden.

Die Pforte ist von der Antwort Italiens bezüglich der Friedensbedingungen in Kenntnis gebracht worden. Diese lauten auf Zurückziehung der türkischen Truppen und Anerkennung der Annexion Libyen, wogegen Italien sich zu einer Geldentschädigung bereit erklärt. Die Pforte hält, wie verlautet, diese Bedingungen für unannehmbar.

Die neue revolutionäre Regierung auf Kreta hat beschlossen, künftig alle Dekrete im Namen des Königs der Hellenen zu unterzeichnen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben drei große Kreuzer der pazifischen Flotte zu einem Aufenthalt von unbekannter Dauer nach den Philippinen beordert.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Obermedizinalrat Dr. Luszt zum medizinischen Räte und den Landesärztlichen Obermedizinalrat Prof. Dr. Edelmann zum Räte für Veterinärzachen im Ministerium des Innern, beide mit dem Titel und Range als Geheimer Medizinalrat (Ministerialrat), sowie den bisherigen Beirat in baupolizeilichen Angelegenheiten bei der Kreishauptmannschaft Dresden, Baurot Vähr zum bautechnischen Räte im Ministerium des Innern mit dem Titel und Range als Oberbaurat zu ernennen.

Auf Grund des § 26 des Haushaltsgesetzes vom 20. Dezember 1911 (R. G. Bl. S. 976) wird hiermit folgendes bestimmt:

Im Sinne dieses Gesetzes sind höhere Verwaltungsbehörde die Kreishauptmannschaft, Polizeibehörde die Amtshauptmannschaft, und in Städten, in denen die Revidierte Städteordnung eingeführt ist, der Stadtrat, Ortspolizeibehörde der Stadtrat, die Bürgermeister der mittleren und kleinen Städte, die Gemeindeschäfte und die Gutsvorsteher.

Dresden, am 11. März 1912.

Ministerium des Innern. 1912
Vlothum.

Die Königliche Kreishauptmannschaft hat dem Ratscher Ernst Hermann Nieschel in Dresden für das von ihm in den Jahren 1911 und 1912 mit Mut und Entschlossenheit bewirkte Aufhalten von durchgehenden Pferden in Dresden eine Geldbelohnung bewilligt. 671 III
Dresden, am 5. März 1912.

1912

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Justizteilteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 18. März. Se. Majestät der König nahm vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister sowie

des Kabinettsekretärs entgegen und wird abends die Vorstellung im Königl. Schauspielhaus besuchen.

Dresden, 18. März. Bei Ihren Königl. Hoheiten dem Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg fand gestern mittag 1/2 Uhr Familientafel statt, an der Se. Majestät der König und Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses teilnahmen.

Deutsches Reich.

Kaiserlicher Hof.

Berlin, 17. März. Se. Majestät der Kaiser empfing heute mittag um 1/2 Uhr den bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hartling. Zur Frühstückstafel bei Ihren Majestäten waren u. a. geladen Fürst und Fürstin Alois zu Löwenstein, Freiherr v. Hartling und Abtissin Frau v. Rothe.

Ihre Majestät die Kaiserin wird sich bald nach Ostern zum Kurauftenthalt nach Bad Rauheim begeben.

Bundesrat.

Berlin, 17. März. In der gestrigen Sitzung des Bundesrates wurde der Entwurf neuer Bestimmungen über die Viehlebensstatistik und den Nachrichtendienst bei Viehseuchen dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Über die Belebung der Präsidialstelle und der Stellen von zwei Mitgliedern im Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angeklagte wurde Beschluss gefasst. Zugestimmt wurde der Vorlage, betreffend die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Glas-Hütten ic.

Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn steht seit 1874 im Staatsdienst und ist seit 1892 im Reichsschatzamt tätig. 1874 wurde er Referendar und 1879 Berater im Bezirk Kölln. Bald darauf erhielt er seine Anstellung als Kreisrichter in Kölln, kam aber noch im Oktober desselben Jahres bei der Justizreorganisation als Amtsrichter nach Margaretabow. Im folgenden Jahre wurde er in gleicher Eigenschaft nach Rügenwalde versetzt, schied aber 1883 behufs Übertritts in die Verwaltung der indirekten Steuern aus dem Justizdienst aus. Er wurde dann Regierungsassessor und Justiziar bei der Provinzialsteuerdirektion in Stettin und rückte 1886 zum Oberzollinspektor und Regierungsrat in Thorn auf. Drei Jahre später wurde er Regierungsrat bei der Provinzialsteuerdirektion in Berlin und kam 1892 als vortragender Rat und Geh. Regierungsrat in das Reichsschatzamt. 1896 rückte er zum Geh. Oberregierungsrat und im Mai 1905 zum Direktor im Reichsschatzamt auf. Aus Anlaß der Verabschiedung der Finanzreform, bei deren Beratungen er die Regierung im Plenum und in den Kommissionen mehrfach vertreten hat, wurden ihm die Brillanten zum Roten Adlerorden zweiter Klasse verliehen. Am 21. Januar 1910 war er Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt geworden.

Auf Grund des § 26 des Haushaltsgesetzes vom 20. Dezember 1911 (R. G. Bl. S. 976) wird hiermit folgendes bestimmt:

Zum Rücktritt des Staatssekretärs Vermuth schreibt die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Hen. Vermuths Rücktrittsentschluß wird in den weitesten Kreisen aufmerksam bedauert werden. Die Darlegungen, mit denen er unter seiner Leitung aufgestellten Reichselsatz einbrachte, waren jedesmal ein Rücksicht von Nachdruck und Sachkenntnis. Wenn unsere Finanzen heute sich in einem Zustande befinden, wie es vor zwei Jahren noch kaum gehofft wurde, so ist dies nicht zum kleinen Teil das persönliche Verdienst des scheidenden Staatssekretärs. Mr. Vermuth ist von Beginn seiner Amtszeit mit Energie dafür eingetreten, daß keine neue Ausgabe ohne hinreichende Bedeutung bleibe darf. Dieses Prinzip ist auch in den Befreiungen des Reichskanzlers mit eingehaltenen Ministern über Wehrvorlagen und Dedungsfrau voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Wehrvorschriften zur Anwendung kommen. Um so mehr bedauern wir, daß Mr. Vermuth sich entschlossen hat, um seine Entlassung zu bitten.

Die finanzielle Deckung der Wehrvorlagen.

Zu diesem Gegenstand schreibt der "Berliner Volksanzeiger":

Der Gedanke lag nahe, gerade diesen Weg einzuschlagen. Es handelt sich i. d. Plan, die den Deutschen gewohnten Kontingentierungsvorteile aufzuheben, um eine alte Forderung der linkstehenden Parteien. Diese Stellungnahme der Liberalen konnte natürlich für sich allein noch nicht beweisen, daß auch der Bundesrat sich mit der Frage ernstlich beschäftigte. Dies konnte erst geschehen, nachdem man sich vergewissern hatte, daß auch auf konservativer Seite für die Erfahrung der "Liebesgabe" Stimmen vorhanden war. Infolgedessen wurde Fühlung mit den konservativen Fraktionen genommen, und da ergab sich, daß auf Grund der Erklärungen, welche die norddeutschen Bremer abgaben, hier kein Wert mehr auf das Fortbestehen des Kontingentierungsvorteiles gelegt wurde. Die Einkünfte, welche die Reichsverwaltung

jährlich von deren Belebung verspricht, werden auf 30 bis 40 Mill. Kr. jährlich veranschlagt. — Wie wir weiter mitteilen können, sollen die süddeutschen Brennereien für den Auffall, den sie durch die volle Verbrauchsabgabe auf den Kontingentivortus erleiden, in einer noch zu beratenden Weise entschädigt werden, die norddeutschen Brennereibetriebe hingegen sollen die sogenannte "Liebesgabe" ohne irgendwelche Entschädigung verlieren. Die Einbringung des Wehr- und Deckungsvorlage wird erst nach der Öffnervertrag erfolgen. Das Plenum des Bundesrats hat sich übrigens erst gestern nachmittag mit der Deckungsvorlage beschäftigt und über sie beschließen können.

In mehreren Blättern begegnen wir der Ansicht, daß die Belebung der "Liebesgabe" im Verhältnis zu den neu aufzuwendenden Mitteln nur einen verschwindenden Betrag darstellen würde. Dabei wird als durch neue Steuern aufzutragen eine viel zu hohe Summe, in einzelnen Blättern sogar ein Betrag von 170 bis 180 Mill. genannt. Wir möchten daran erinnern, daß auch bisher nicht daran gedacht worden ist, die Reuforderungen völlig durch neue Steuern zu bedenken. Der durch neu aufzutreibende Betrag reicht auch nach den früheren Berechnungen nicht annähernd an die genannte Summe heran. Die durch Erweiterung der Erbschaftssteuer aufzubringende Summe würde sich nach dem Maßstab der Pläne von 1909 auf etwa 80 Mill. belaufen haben. Aus der Belebung der "Liebesgabe" würden bis zu 40 Mill. zu erwarten sein. Der Unterschied ist also keineswegs erheblich. Aufgabe der Ministerbesprechung war es, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Teil der neuen Ausgaben durch Erhöhung neuer Einnahmequellen zu bedenken sein würde. Die Höhe dieser Summe ist unter völliger Wahrung der bisherigen Grundsätze der Reichsfinanzverwaltung festgestellt worden.

Zur Richtigstellung.

Die Pensionierung des Präsidenten des Statistischen Amtes von der Vorlage, die in letzter Zeit in den Beratungen der Budgetkommission und des Plenums des Reichstags Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen ist, wird auch in der Presse fortwährend unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt. Neuerdings ist in Nr. 138 der "Magdeburgischen Zeitung" vom 15. d. M. die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Pensionierung des genannten Beamten erfolgt sei, weil der Staatssekretär des Innern gewünscht habe, die Stelle des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes anderweitig zu besetzen, obwohl von der Vorlage nicht dienstuntaugig im Sinne des Reichsbeamtengegesetzes gewesen sei.

Dieser Unterstellung gegenüber genügt es, auf die vom Staatssekretär des Innern in der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vom 1. d. M. abgegebenen Erklärungen Bezug zu nehmen, durch die festgestellt ist, daß der Präsident von der Vorlage auf seinen Antrag in den Ruhestand verzichtete, nachdem er durch ein ärztliches Attest nachgewiesen hatte, daß er zur Erfüllung der Pflichten seines Amtes dauernd unfähig sei, und seine vorgesetzte Behörde auf Grund der von den zuständigen Beamten aus eigener Wahrnehmung geschworenen Überzeugung das gleich befundet hatte.

Hundertmark-Scheine im alten Format.

Das Reichsbankdirektorium hat an den Deutschen Handelsstag das nachstehende Schreiben gerichtet:

Die in der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstags vom 9. Oktober v. J. geführten Klagen über die Unhandlichkeit der neuen 100-R.-Noten sind auch von andern Seiten erhoben worden. Wir dürfen demgegenüber daran erinnern, daß in anderen Ländern R.-Noten umlaufen, welche ein größeres Format als die 100-R.-Noten haben, wie z. B. die holländische 50-Gulden-Note, die englische 5-Pf. Sterling- und die russische 100-Rubel-Note, ohne daß ihnen, soweit hier bekannt, der Vorwurf der Unhandlichkeit gemacht worden wäre. Wollte sich das Publikum bei uns ebenso wie in anderen Ländern zur Aufbewahrung von Papiergegenwart bedienen, so würde es an dem Format der 100-R.-Noten vermutlich keinen Anstoß nehmen.

An eine Wiederausgabe der alten 100-R.-Note können wir schon aus dem Grunde nicht denken, weil es bereits mehrere ungünstige Nachahmungen von ihr gibt. Wollte man die neue Note auf das Format der alten zurückführen, so müßte das Wasserzeichen fortfallen, das bei dieser Note als Schutz nicht benötigt werden kann. Mit dem Wasserzeichen, den Blauen und goldenen Medaillonköpfen auf der Vorderseite und den feinen Abschattierungen in der blauen Farbe ist die neue Note aber besser gegen Fälschungen geschützt, als es die alte 100-R.-Note war, was für das Publikum mindestens ebenso schwer wiegen sollte wie ein bequemes Format. Immerhin rechnen wir damit, daß die neue Note in etlicher Zeit wegen des Formats tatsächlich unbeliebt ist, und werden daher in Zukunft bei der Herstellung von 100-R.-Noten dem Wunsche des Deutschen Handelstags entsprechend wieder auf das früher Format zurückgreifen.

Reichstag.

Sitzung vom 18. März 1912.
Am Bundesträte: Staatssekretär Dr. Delbrück.
Vizepräsident Doege eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 18 Min.
Bei Eintritt in die Tagessordnung erhielt das Wort zur Geschäftsdurchführung

Abg. Teypa (Pole): Vizepräsident Dr. Baasche hat sich gestern verantworten geschaffen, meinem Freunde Sosnoff einen Ordensurkund zu erteilen. Er hat dabei einen Satz zugesetzt, den wir nicht recht verstanden haben, der uns aber zu laufen scheint: In Deutschland könne oder müsse jedes deutsch sprechen. Eine solche Auffassung würde vielleicht im Munde eines nationalliberalen Abgeordneten verständlich sein, nicht aber im Munde des Präsidenten des Reichstags. (Lebhafte: Sehr gut!) Wir würden dies nicht ruhig hinnehmen können; da wir aber, wie gesagt, den Wortlaut nicht recht verstanden hatten, so worteten wir das amtliche Stenogramm selbst gelesen. Nachdem Dr. Baasche sich ja selbst fortwährt hat, halten auch wir die Angelegenheit für erledigt. (Allgemeine heiterkeit.)

Hierauf wurde die Begegnung der Interpellation bestreitend auf den Bergarbeiterstreit fortgesetzt.

Abg. Giesberts (B.): Was gestern Dr. Erdmann in seiner Jungferrede vorgetragen hat, hatten wir schon sehr oft in der sozialdemokratischen Presse gesehen. Dass die Preise häufig so verzerrt von den Arbeitern, besonders von den Christlichen und ihren Führern spricht, ist kein Wunder; denn dort sitzen viele Leute, die in ihrem Leben noch keinen Finger zur Arbeit trummen gemacht und ihre Bildung in sozialdemokratischen Redaktionen erhalten haben. Die Sozialdemokraten suchen nun angeblich der Tatsache, dass der Streit gegen alle gewerkschaftlichen Regelungen inliefert ist und zu einem schlechten Ende zu gehen droht, einen Brückenkopf. Der Verband christlicher Gewerkschaften hat seine Haltung unabhängig und selbstständig genommen. Wenn die christlich-organisierten Arbeiter bei den Wahlen die Sozialdemokraten im Stich ließen, so liegt es dem ehrlichen Hahn gegen die Terrorherrschaft, in dem hoh. den Sie unsern Leuten durch Ihre Unzialität empfunden. (Lebhafte: Sehr gut! Große Unzufriedenheit.) Von dem Terrorismus könnte ich funderlang hier Beispiele aufzählen. (Redner führt einige besonders charakteristische Fälle an, fortgeleitet von den Sozialdemokraten durch lärmende Appellenten unterbrochen.) Ein Bergarbeiterstreit hat eine ganz andere Bedeutung als ein Streit in anderen Betrieben, er ist imstande, große Industriegebiete, die an sich mit dem Bergbau nicht zusammenhängen, mit einem Schlag lahmzulegen. Die englische Industrie hätte einen Schlag erlitten haben, von dem sie sich in zehn Jahren nicht erholen wird. (Große Unruhe und Jurche bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Dr. Baasche bat, die Zwischenrede zu unterlassen, es feien von den Sozialdemokraten ja noch zwei Redner gemeldet; diese Partei läuft also noch genügend zum Vorteil). Wie sollen die Beobachter vertrauen zu den sozialdemokratischen Führern haben, um Tarifverträge mit ihnen abzuschließen, wenn sie nicht einmal die genügende Macht über ihre Mitglieder haben, sie vom Streit abzuhalten. Nachdem Staatssekretär Dr. Delbrück zugegeben hatte, seinen Einfluss geltend zu machen, war es Pflicht der sozialdemokratischen Führer, unter allen Umständen vom Streit abzutreten. (Lebhafte: Sehr richtig! im Zentrum; Unruhe bei den Soz.). Dr. Sachse hat in der Konferenz beim Staatssekretär selber gesagt, die sozialdemokratischen Führer könnten die Massen nicht halten. Ihre einzige Aufgabe wäre es da gewesen, ihren Einfluss auf jeden Fall willkürlich zu machen. (Lebhafte: Sehr richtig! im Zentrum). Handelt es sich um einen Streit mit berechtigten Motiven, so erkläre ich uns sofort solidarisch, aber einem ausichtslosen und unberechtigten Streit uns anzuschließen, vermögen wir nicht. Die Polen und die Hirsch-Dundorfchen werden eines Tages jehen, welchen Fehler sie mit ihrer Allianz begangen haben. Wir aber sahnen auf der beschrittenen Bahn fort. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Adler (NL): Die Arbeiterschaften hätten etwas erreichen können, wenn sie nur überall wirklich gearbeitet hätten, das ist aber nicht geschehen. Ein Einigungskomitee ist nicht möglich, da wir noch nicht die Rechtsfähigkeit der Betriebsräte haben. Eine unglaubliche Überleitung ist es, sämtliche nicht streitenden Arbeiter, insbesondere die christlichen Organisationen, als Streikbrecher hinzustellen. Den Arbeiterschaft erkennen wir als nötig an; wir haben aber nicht den Wunsch nach Ausnahmegesetzen. Wir möchten, dass eine Einigung zuhause kommt, damit unser Volksleben nicht noch weiteren schweren Schüttungen ausgesetzt ist. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heschler (orth. Sp.): Die höherfüllte Stimmung in der Gewerkschaftsbewegung belässt mich aus. Ich habe gegenwärtig eine gewaltige Unternehmerorganisation gerade im Aufschwung, aber auch im allgemeinen. Demgegenüber hatten wir angeblich der Entwicklung als Gegengewicht eine gewaltige mächtige Gewerkschaft für unbedingt notwendig. (Sehr richtig!) Hätten wir sie nicht, dann müssten wir sie im eigenen Interesse des Staates gründen. Der starke politische Einfluss der sozialdemokratischen Partei auf die freien Gewerkschaften hat auch in diesem Falle eine entscheidende und nicht erreichbare Rolle gespielt. Ich befürchte, dass der Reichskanzler das Arbeitskammergesetz kurz vor der Vollendung hat fallen lassen. Wenn die Verbündeten Regierungen im Jurisdicthen eine derartige Energie zeigen wie es bei der Deduktion vorliegt, gelingt es (Sehr gut!), dann muss man auch den heissen Wunsch aussprechen, dass ihre Energie im Vorwärtsbewegen eine gleiche ist, und dass sie allen Gewerken zum Trutz den Entwurf wieder einbringen. (Sehr richtig!) Wir wollen den sozialen Frieden, wir lehnen Ausnahmegesetze ab, verwirren aber die Arbeitseinstellung durch Kontrollatrat. Wedge das Militär und die Schuhmannschaft beweisen können zeigen. Die Hinwendung von Militär sollte die ultima ratio sein; in diese Stunde jetzt schon kommen? Ich glaube es nicht. Die englischen Gewerkschaften haben im Gegenzug zur deutschen Gewerkschaftsbewegung sich von den Utopien der deutschen Sozialdemokratie völlig ferngehalten. (Sehr gut! rechts), und deshalb gerade ist die englische Gewerkschaftsbewegung von Englis getötet gewesen. (Sehr gut!) Es wäre von grossem Egen für unsere Arbeiterschaft, wenn sie sich die englische Arbeiterschaften zum Vorbild nehmen würden. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.) Die englische Arbeiterschaftsbewegung ist keine sozialdemokratische; das muss hier besonders betont werden. (Lebhafte Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Wie der englische leitende Staatsmann Asquith sich Tag für Tag bemüht, den Streit beizulegen, so sollte auch der deutsche Reichskanzler oder sein Vertreter sich nicht überreden, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen. Auch wir wollen, dass dieser Streit nicht zu einem ungünstigen Ende für die Arbeiterschaft führt. (Beifall.)

Abg. König (S.): Die Bergarbeiter wollen nicht mit Versprechungen wieder nach Hause geschickt werden, sondern verlangen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt zu werden. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Recht, über ihre Lohnverhältnisse mitzubestimmen, erläutern mit oder gegen die christlichen Gewerkschaften. Den Abg. Giesberts fragen wir an, ob er mit seinen Ausführungen die Scharfmacher hinsicht zu Umfragen und zur Bezeichnung des Koalitionsrechts. Die Schauschriften aus dem Streikrevier sind unrichtig oder zum mindesten weit übertrieben. Wenn die Regierung auch nicht direkt als Anwalt der Industriellen austritt, so kann sie ihnen doch indirekt Dienste leisten. Wir bedauern den Streit, wie wollen Frieden; aber wie die Sache jetzt liegt, hat der streitende Bergmann bei der Bevölkerung im Aufgebiet Sympathie. Er wird ausarbeiten, bis er sein Ziel erreicht hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Lansberg (B.): Man soll zwar nicht alles, was im aufgetragenen Zeiten geschieht, auf die Goldwage legen. Die Sozialdemokraten sollten aber nicht ableugnen, was tatsächlich passiert ist. Von seiner Seite lassen wir uns unsere Taktik in wirtschaftlichen Dingen vorschreiben. Unterlassen die Sozialdemokraten ihren Terrorismus, so haben wir keine Möglichkeit, hier das Material vorzutragen, von dem Sie behaupten, wir stützen für ein Arbeitswilligenrecht. Wir führen den Kampf nicht aus Freude am Kampf, sondern weil wir einen funken Hoffnung noch hegen, dass diese Erwartungen hier im Reichstage doch etwas

dazu beitragen werden, die Beziehungen zu verbessern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Taaffe (S.): Die Behandlung der Bergarbeiter durch die Beobachter ist ungünstig. Durch die Vorwürfe wurden beispielweise die Bezieher des Organs des Steigerverbands festgestellt, um dann zu Mothegesetzen schreiten zu können. In einem heute stattgehabten Prozess wurde nun den Beamten die Geschäftsmittel nicht erlaubt, vor Gericht auszuwählen. (Hört, hört!) Von einer goldenen Brücke, die uns vom Staatskreis getrennt worden sei, habe ich nichts gemerkt. Die christlichen Gewerkschaftsführer hier im Hause haben mit ihren klaren Reden nicht dazu beigebracht, dass die Urteile wegen Streitvergehen milder werden. Wenn der Streit länger dauert, dann tragen die Christlichen die Schuld daran. Dr. Heschler hat seinen Ausführungen den Arbeitern aller Richtungen großen Schaden zugefügt. So spricht kein Arbeiterschwein.

Abg. Behrens (wirt. Sp.): Die jetzige Lage ist mit dem Streit von 1905 nicht zu vergleichen. Bei der Beurteilung der Handlungweise der Christlichen legen die Sozialdemokraten zweckfrei Moral zugrunde. Die Regierung, insbesondere der preußische Justiz als großer Bergbauunternehmer, sollte sich für die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter einzeln.

Damit schloss die Begegnung.

Das Haus vertrat sich auf Montag 2 Uhr: Etat des Reichsamtes des Innern.

Schluss nach 1½ Uhr.

Ausland.

Der erste österreichische Frauenstimmrechtsstag.

Wien, 17. März. Heute fand hier der erste österreichische Frauenstimmrechtsstag statt, der von den Komitees der verschiedenen Kronländer Österreichs einberufen worden war. Die von mehreren hundert Frauen besuchte Versammlung beschloss eine Resolution, in der die Einführung des Stimmrechts für Frauen im Parlament gefordert wird.

Feldmarschall-Leutnant Schemua über seinen Berliner Besuch.

Wien, 17. März. Der österreichisch-ungarische Generalstabschef Feldmarschall-Leutnant Schemua duzte zu dem Korrespondenten der "Neuen Freien Presse", er begreife sehr wohl das Interesse, dass man in der Heimat an dem Verlaufe seines Berliner Besuchs nehme. Er könne nur sagen, dass der Verlauf glänzend gewesen sei, dass er in Berlin eine überaus herzliche, von wirtschaftlich-freundschaftlichem Geist besetzte Aufnahme gefunden habe und dass auch die militärischen Eindrücke, die er gewonnen habe, ausgezeichnete seien. Mit beiderer Dankbarkeit gebaute Schemua Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm, der ihm gestattet habe, sich persönlich bei ihm zu melden, und ihn sehr gnädig empfangen habe. Feldmarschall-Leutnant Schemua versicherte, dass er lediglich nach Berlin gekommen sei, weil es Brauch sei, dass die Generalstabschef des österreichisch-ungarischen und der deutschen Armee sich nach ihrem Amtsantritt in Berlin oder Wien persönlich vorstellen, und dass sein Berliner Besuch keinerlei andere Bedeutung habe.

Ständige Kommission der internationalen Zisterkonferenz.

Brüssel, 18. März. Nach dem offiziellen Communiqué hat die Ständige Kommission der internationalen Zisterkonferenz am gestrigen Sonntag zwei Sitzungen abgehalten, nach deren Beendigung die diplomatischen Abkommen von den Regierungsdilettanten unterzeichnet wurden. Die Konvention vom 5. März 1905 ist danach für eine Zeitdauer von fünf Jahren vom 1. September 1913 erneuert worden. Das außerordentliche Exportkontingent, das an Russland bewilligt wurde, ist für die beiden folgenden Jahre auf 150 000 t und für die beiden folgenden Jahre auf 50 000 t festgelegt worden. Um die sofortige Ausführung der Dispositionen zu garantieren, ist man übereinkommen, die neuen Arrangements schon vor dem 1. April ratifizieren zu lassen. Nach Schluss der Verhandlungen überbrachte der belgische Minister des Auswärtigen Davignon persönlich den Mitgliedern der internationalen Konferenz seine Glückwünsche zur glücklichen Beendigung ihrer Arbeiten.

Eine russische Strafgesetznovelle.

St. Petersburg, 17. März. Der Justizminister hat in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage eingereicht, betreffend die Durchsicht der Gesetze über Bekleidung und Verleumdung in der Presse, darunter auch über die Bekleidung fremder Staatsoberhäupter und Diplomaten. Eine Änderung der Prozeßordnung in dem Sinne, dass Prozesse in solchen Fällen nicht wie bisher von den Geschädigten, sondern von der betreffenden Regierung oder von ihren diplomatischen Vertretern angestrengt werden, genüge nicht. Ausländische Gesetze bestrafen betartige Vergehen härter als analoge gegen Privatpersonen, um die Ruhe nach außen zu sichern und eine Verletzung des internationalen Friedens zu verhindern. Deshalb beantragte die Vorlage, auch die Strafgesetze entsprechend zu ergänzen. Es empfiehlt sich, nach dem Muster der deutschen und schweizerischen Gesetzegebung, das Strafmaß analog dem in dem betreffenden fremden Staate bestehenden festzusetzen.

Die italienischen Friedensbedingungen.

Konstantinopel, 17. März. Die Pforte ist bereits von der Antwort Italiens bezüglich der Friedensbedingungen in Kenntnis gebracht worden. Die Hauptbedingungen sind die Zurückziehung der türkischen Truppen, die Anerkennung der Annexion Libyens, wogegen Italien sich bereit erklärt, der Türkei gewisse Vorteile zu gewähren, insbesondere eine Geldeinschärfung. Zustimmung zur Aufhebung der Kapitulationen für den Fall, dass auch die anderen Mächte ihre Zustimmung dazu erteilen. Anerkennung der religiösen Autorität des Kalifen. Aus informierter Quelle verlautet, dass die Pforte noch dem heutigen Ministerpräsidenten die türkischen Botschafter angewiesen habe, den Mächten zu erklären, dass sie diese Friedensbedingungen für unannehmbar halte.

Aus der Türkei.

Konstantinopel, 17. März. Der Sultan spendete eintausend Pfund für die Schaffung einer Luftflotte. — Die Pforte erteilte das Agrément für den russischen

Gesandten in Bursa, v. Giers, als Botschafter in Konstantinopel.

Amtlichkeiten werden für den 19. und 20. März nächtliche Schießübungen der Batterien am Eingange des Bosporus angekündigt.

Wie die Blätter melden, hat die Pforte in freundlicher Weise Ausklärungen wegen der russischen Truppenkonzentrationen an der taurischen Grenze von Kurland erbeten. Kurland habe erwidert, dass es sich um eine Probemobilisierung handle. Der Führer der Liberalen Vereinigung, Damad Ferid Pascha, hat die Leitung der Partei niederrückt, wie das Parteidienst meldet, aus Gesundheitsgründen.

Die neue revolutionäre Regierung auf Kreta.

Athen, 17. März. Die neue revolutionäre Regierung auf Kreta hat an den König der Hellenen ein Telegramm gerichtet, wonin sie dem König ihre Konstituierung mitteilt und ihrer ehrfurchtbaren Ergebenheit an den griechischen Thron Ausdruck gibt. Die revolutionäre Regierung wird heute ihre Konstituierung den Konzilien der Schwarmäle alle Dekrete im Namen des Königs der Hellenen unterzeichnet werden sollen. Die Einberufung der Reserve und der Miliz wurde rückgängig gemacht. Es herrscht vollständige Ruhe in Kreta.

China und die Bankiergruppe der sechs Mächte.

London, 17. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Infolge der am 15. d. M. von englischen, französischen und belgischen Bankiers mit dem Kaiwanu abgeschlossenen Anteile hat die Gruppe der sechs Mächte den gewöhnlichen Vorbehalt von einer Million Tael gestellt nicht geleistet. Sie hat den ganzen Finanzplan für China bis Ende Juni verschoben, um inzwischen den Rat der Regierungen einzuhören.

Gutsendung von drei großen Kreuzern der amerikanischen Flotte nach den Philippinen.

Washington, 17. März. Vom Marinedepartement sind drei große Kreuzer der pazifischen Flotte zu einem Aufenthalt von unbestimmter Dauer nach den Philippinen beordert worden. Diese Maßnahme macht die amerikanische Flotte im äußersten Orient zur stärksten mit Ausnahme der japanischen.

Der Aufstand in Mexiko.

New York, 17. März. Nach einem Telegramm aus Chihuahua ist Major Alvaro, der Chef des Stabes des die Bundesstreitkräfte befehlenden Generals Villa gestorben bei Tagesanbruch auf Befehl des Generals Orozko erschossen worden. Alvaro, der tags zuvor von den Aufständischen gefangen genommen worden war, hatte Orozko wissen lassen, dass er ihn erschießen lassen werde, wenn er ihn in seine Gewalt brachte.

* Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist der Botschafter der Vereinigten Staaten von den Amerikanern in Tampico, die sich in Gefahr befinden, um Schutz gebeten worden. Die Menge hat fast die ganze Stadt in der Gewalt und es werden Flugblätter verbreitet, in denen zu Demonstrationen gegen die Ausländer aufgerufen wird. Die Amerikaner sind gut bewaffnet. Mexiko, 17. März. Die wegen der Gewalttat gegen Deutsche in Cobanganga Verhafteten sind am 15. früh durch einen unterirdisch gegrabenen Gang aus dem Zuchthause entwichen. Die Bundes- und die Staatsregierung haben energisch die Verfolgung eingeleitet und bestimmt, dass Befreiungsfangene auf der Stelle erschossen werden.

kleine politische Nachrichten.

Wien, 17. März. Wie verlautet, wird Kronprinz Franz Ferdinand aus Anlass der Unfeierlichkeit Kaiser Wilhelms nicht nach Wien kommen, sondern voraussichtlich den Deutschen Kaiser auf dessen Fahrt nach Sennig ebenso wie im vorigen Jahre auf offener See empfangen. — Rom, 17. März. Der König hat 28 neue Senatoren ernannt, unter ihnen den Komponisten Ricci Boito, den ersten Generaladjutanten des Königs General Brusati, den Kommandanten der Truppen in Tripolis General Camo, den Kommandanten der Flotte Admiral Taraveli und den Chef des Generalstabes Generalleutnant Pollio. — Rom, 17. März. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, das den Generalmajor Ameglio wegen außerordentlicher Verdienste im Kriege zum Generalleutnant ernannt. Ameglio hatte sich in der letzten Schlacht bei Venghosh durch glänzende Haltung ausgezeichnet. — Lissabon, 17. März. Die Regierung bestätigt die Nachricht von einem neuen Eisfall bewaffneter Monarchen an verschiedenen Punkten der Grenze.

Paris, 17. März. Auf See wird von gestern gemeldet, dass der Generalmajor Ameglio wegen außerordentlicher Verdienste im Kriege zum Generalleutnant ernannt wurde. Ameglio hatte sich in der letzten Schlacht bei Venghosh durch glänzende Haltung ausgezeichnet. — Lissabon, 17. März. Die Regierung bestätigt die Nachricht von einem neuen Eisfall bewaffneter Monarchen an verschiedenen Punkten der Grenze. — Rom, 17. März. Auf See wird von gestern gemeldet, dass der Generalmajor Ameglio wegen außerordentlicher Verdienste im Kriege zum Generalleutnant ernannt wurde. Ameglio hatte sich in der letzten Schlacht bei Venghosh durch glänzende Haltung ausgezeichnet. — Lissabon, 17. März. Die Regierung bestätigt die Nachricht von einem neuen Eisfall bewaffneter Monarchen an verschiedenen Punkten der Grenze. — Rom, 17. März. Auf See wird von gestern gemeldet, dass der Generalmajor Ameglio wegen außerordentlicher Verdienste im Kriege zum Generalleutnant ernannt wurde. Ameglio hatte sich in der letzten Schlacht bei Venghosh durch glänzende Haltung ausgezeichnet. — Lissabon, 17. März. Die Regierung bestätigt die Nachricht von einem neuen Eisfall bewaffneter Monarchen an verschiedenen Punkten der Grenze.

Zeitungsschau.

Zu der den Verbündeten Regierungen geplanten finanziellen Deckung der Wehrvorlagen nimmt die Presse aller Parteidienstungen lebhafte Stellung.

Sehr zurückhaltend duftet sich die „Kreuzzeitung“. Überraschend wirkt die einstimmig gehaltene Beifallserklärung der einzelstaatlichen Minister, zur Deckung der Wehrvorlage den Kontingentspitzen mit der vollen Verbrauchsrate zu belasten. Das die Süddeutschen Staaten auf dieses „Reparationsrecht“ verzichten würden, war bisher nicht anzunehmen. Sie werden hier das größere Opfer zu bringen haben, wenn nicht etwa die Absicht besteht, bei dieser Gelegenheit endlich das Spitzenmonopol einzuführen.

Man wird im übrigen nähere Mitteilungen über die Pläne der Verbündeten Regierungen abwarten müssen, ehe man Stellung zu ihnen nimmt. Mit der Aufhebung des sogenannten „Verzugsmillionengesetzes“ kann die Deckung allein nicht beschafft werden. Es steht also noch allezeit im Hintergrunde. Auffallend ist, dass das Kommuniqué nichts von einer Befreiung sagt, zu der doch sogar schon der Abg. Bassemann sich bereit erklärt hat. Soll das landwirtschaftliche Gewerbe allein die Last tragen? Das können wir verlässt nicht annehmen.

Eine ablehnende Haltung nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ ein:

Die halbamtliche Mitteilung, daß eine weitere Verstärkung der Brannweinsteuer die zur Deckung der Wehrvorlagen notige Neuinnahme schaffen soll, hat anscheinend bei allen Parteien als völlige Übereinstimmung gewirkt; und dieses Steuerprojekt muß auch zunächst in jeder Beziehung als kaum verhältnißmäßig erscheinen. Sündhaft müssen wir nochmals mit allem Nachdruck betonen, daß es einen mehr als bestreitbaren Eindruck macht, wenn man die Landwirtschaft einleitig zu den neuen Reichsschäften heranziehen will. Wir glauben, ein derartiges Verfahren hat man nicht nur bei den Angehörigen dieses Verständnisses, sondern ganz allgemein schlechtthin für unbedeutbar gehalten.

Auch die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ verurteilt in sehr scharfen Worten, wenn auch nicht mit sachlichen Gründen, den Plan der Verbündeten Regierungen:

Bis weit in die konservativen Kreise hinein hört man nur die eine Stimme, daß die Lösung, die Dr. v. Bethmann sich ausgedacht hat, eine höchst nüchtern gewesen ist. Er glaubte vielleicht selbst die Quadratur des Kreises entdeckt zu haben, indem er mit Bezug auf die Erbschaftsteuer den schwarzen-blauen Blod einen Gefallen erwies, und indem er zugleich in der Aufgabe der Liebesgabe den Überlegen entgegenkommen wollte. Zu seiner Übertreibung wird er aber nun merken, daß er überall nur Missgeschäfte und Enttäuschungen erneut hat. Natürlich wird sich über die Liebesgabe erst Rührung sagen lassen, wenn das neue Projekt fertig ist. Aber das Eine ist doch sicher, daß zum mindesten die Belastung besteht, es werde schließlich dabei recht wenig herauskommen.

Auf einen freudlicheren Standpunkt stellt sich die nationalliberale „Kölner Zeitung“:

So bedauerlich und für das Empfinden weiter Kreise bedenklich uns also die Ausbildung der Erbschaftsteuer erscheint, so hat es doch den Anschein, als sei bei den Verbündeten Regierungen weniger die Rücksicht auf den schwarzen-blauen Blod maßgebend gewesen als ganz einfach praktische Erwägungen, denen man nicht alle Berechtigung abstreiten kann. Man gewinnt diesen Eindruck um so mehr, wenn man weiß, daß die Ansicht der Bundeskanzlerin Finanzminister in dieser Frage ebenso einmütig war wie auch in der, daß neue Einnahmen auf jeden Fall beschafft werden müßten. Diese Rechtfertigungen gebraucht man, wie der amtliche Bericht zu melden weiß, aus der Aufhebung der sogenannten Liebesgabe aus dem Spiritus zu gewinnen. Man muß zugeben, daß dieser Vorschlag manches für sich hat und einer Fortsetzung entspricht, die von den nichtkonservativen Parteien schon oft erhoben worden, aber dabei stets auf den Widerstand der konservativen gestoßen ist.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

Dr. Hermuth rügte, was es zu bedeuten hat, Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen und sie darin zu erhalten. Deshalb möchte er mit dem Grundtag: keine Ausgaben ohne Deckung! eins. Es war bereit, aus den Wehrvorlagen die Konsequenz zu ziehen und die erweiterte Erbschaftsteuer dem neuen Reichsgesetz vorzulegen. Dr. v. Bethmann Hollweg hat mit dem Finanzgrundgesetz nur gespielt und verzögerte auf ihn mit schöner Entschuldigung, als die Herren Sped und Hartung die Stirnen runzelten. Nun soll freilich dem Volk als Entschuldigung dafür, daß die Erbschaftsteuer nicht kommt, die Befreiung der Brannweinsteuer gegeben werden. Aber einmal kann dieses kleine, wenn auch willkommene Geschenk unmöglich ausreichen, um die Kosten der Wehrvorlagen zu decken, und dann weiß man noch nicht, in welcher Form es schließlich angeboten werden wird. Wie fürchten Henr. v. Bethmann Hollweg und den neuen bayerischen Ministerpräsidenten, auch wenn sie Weisheiten bringen.

Ein ähnlicher Weise äußert sich die „Frankfurter Zeitung“:

Rum sucht man die Unterwerfung unter die feudal-klerikalen Parteien dadurch zu verschleiern, daß man mitteilt, man werde die notwendigen Einnahmen aus der Aushebung der Liebesgabe gewinnen. Entspricht man damit nicht einer alten Forderung der Linken, der Konservative und Zentrum bisher jahres Widerstand geleistet haben? Die Sache hat immerhin einige Haken. Seit den letzten Erfolgen der Spirituszentrale sind die östlichen Brenner selbst genugt, sich mit der Aufhebung der Liebesgabe abzufinden; die Macht des Syndikats ist jetzt offenbar so groß, daß sie darauf rechnen, auch diese Maßnahme auf die Verbündeten abwälzen zu können. Es fragt sich außerdem, wie die Regierung bei ihrer Vorlage den speziellen Bedürfnissen der süddeutschen Kleinbauern Rechnung tragen wird. Auf alle Fälle liegt es in der ganzen Linie der Bundeskanzlerin, daß das Gesetz in einer den Agrarien genehmten Form aufgearbeitet werden wird; man will ja durch die Aufhebung der Liebesgabe „die Annäherung der bürgerlichen Parteien fördern“.

Mannigfaltiges.

Dresden, 18. März.

* Aus Anlaß seiner zehnten Hauptversammlung hatte der Verband Sächsischer Industrieller an Se. Majestät den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet: „Der heute in Dresden zu seiner zehnten Hauptversammlung vereinigte Verband Sächsischer Industrieller bittet Se. Majestät als den Schirmherren von Deutschlands Handel, Industrie und Gewerbe ehrenwertesten Grußbotschaften überbringen und das Gelöbnis unveränderbar Treue zu versprechen zu dürfen.“ — Hierauf ist folgende Antwort eingegangen: „Verband Sächsischer Industrieller (Hrn. Kommerzienrat Lehmann), Dresden. Se. Majestät der Kaiser und König lassen der Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller für die freundliche Begegnung bestens danken. Der Geheime Kabinettsrat v. Valentini.“

* Die Kompaniebesichtigungen bei den Fußtruppenregimenten Dresdens finden nach einer Meldung von „Wolffs Sachsischem Landbedienst“ statt bei dem 1. (Leib-)Grenadierregiment Nr. 100 vom 22. bis 24. April, beim 2. Grenadierregiment Nr. 101 vom 27. März bis 2. April, beim Schützenregiment Nr. 108 vom 26. April bis 1. Mai, beim 12. Infanterieregiment Nr. 177 vom 7. bis 10. Mai, beim 2. Jägerbataillon Nr. 13 am 3. und 4. April und beim 1. Pionierbataillon Nr. 12 vom 25. bis 27. März.

* Dasb. Lützschener-Weichlinger Universitätsbibliothek ist jetzt erledigt und wird im Aufkündigungsblatt unseres heutigen Blattes aufs neue ausgeschrieben.

* Einer der Zugewiesenen, die bei der am 14. und 15. d. M. abgehaltenen mündlichen Prüfung des Realgymnasiums zu Bloßewitz das Zeugnis der Reife erhielten, war ½ Jahre lang Schüler der Lehranstalt von Direktor Hepple-Dresden, Johann-Georgs-Allee 23, gewesen.

* Vom 14. bis 16. März sandten am Königl. Gymnasium zu Dresden die mündlichen Reiseprüfungen statt. Alle 39 Prüflinge bestanden. In Sitten erhielten 35 die I., 3 die Ib., 1 die IIa. In Leistungen erhielten 6 die Ib., 8 die IIa., 3 die II., 14 die IIb., 6 die IIIa. und 2 die III. Von den Reiseprüfungen gehen zu Heer und Marine 7, Rechtswissenschaft

wollen studieren 5, Philosophie und neuere oder alte Sprachen 4, Mathematik und Naturwissenschaften 1, Geschichte und Staatswissenschaften 2, Theologie 6, Medizin 4, Technische Fächer 5; 1 geht zur Bank, 2 werden Landwirte und 2 Kaufleute. Zum Prüfungskommissar war Dr. Rector Oberstudienrat Dr. Friedrich Hermann ernannt worden.

* Der Nationalliberale deutsche Reichsverein veranstaltet am Donnerstag, den 21. d. M., abends 19 Uhr im „Tivoli“, Bettinastraße, eine öffentliche politische Versammlung, in welcher der Landtagsabgeordnete Dr. Seminardirektor Dr. Seydel spricht. Nach dem Vortrage findet freie Aussprache statt. Jedermann ist willkommen.

* Der allgemeine Mietsbewohnerverein zu Dresden hielt gestern abend unter dem Vorsitz des Hrn. Rechtsanwalts Dr. Oppermann im Restaurant zum Bürgercasino seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Den Jahresbericht erhielt Dr. Oberpostdirektor Hermann. Er gab noch verschiedene Erklärungen zu ihm und sprach sich besonders gegen die in Dresden immer mehr entstehenden sogenannten Mietshäusern aus. Es sei notwendig, daß der Rat zu Dresden nicht Grund und Boden aus der Hand gebe, sondern Grund und Boden nach Möglichkeit erwerbe, um der bestehenden Wohnungsnott vorzubeugen. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Forderungen des Dresdner Mietsbewohnervereins Verständigung finden möchten. In der sich anschließenden Debatte wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, immer noch mehr Baugenossenschaften zu begründen. Auch müsse der Verein versuchen, mehr als bisher in die Vororte einzubringen. Wenn die Industrie vorzugsweise außerhalb des Stadtgebiets verlegt werde, so müsse man auch den Arbeitern mehr Wohngelegenheit in der Nähe ihrer Beschäftigungsstätte geben. Auch der Rat zu Dresden müsse dafür sorgen, daß im Rahmen des inneren Stadtgebietes mehr gute und billige Wohnungen entstehen, da man die Arbeiterschaft auch in der inneren Stadt behalten müsse, um dem dortigen Geschäftsbüro Rechnung zu tragen. Die gedruckt vorliegende Jahresrechnung, die in Einnahme und Ausgabe mit 30 244,17 M. abgleicht, wurde einstimmig genehmigt. Die allgemeine Vermögensübersicht ergibt einen Bestand von 23 432,99 M., während das Konto Grundstücke und Spareinrichtung mit 591 611 M. abschließt. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Herren wurden wiedergewählt, worauf die neuen Sitzungen mit einigen kleinen redaktionellen Änderungen angenommen wurden. Zum Schluß stand noch eine lebhafte Aussprache über die vom allgemeinen Hausbesitzerverein zu Dresden abgehandelten Petitionen an die höchsten Kollegien und an den sächsischen Landtag bezüglich des 100prozentigen Zuschlages zur Wertzuwachssteuer statt. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, eine Gegenpetition abzusenden, sowie öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in der diese Frage erörtert werden soll.

* „Im Motorboot quer durch Afrika“ war das Thema eines Vortrags, den gestern Dr. Oberleutnant a. D. Graeß vor einer zahlreichen Zuhörerschaft im Vereinshaus hielt. Oberleutnant a. D. Graeß ist einer der führenden Pioniere der Forschung, die den schwarzen Erdteil mit seinen noch vielfachen Rätseln immer wieder in seinen Bann zieht und die gerade das Bestehe von Gefahren und die Überwindung von Widderwärtigkeiten lohnt, um eine schwierige Aufgabe zu lösen. Er hat befehllich Centralafrika bereits einmal im Automobil durchquert. Damals hörte er von den Ovambos die lagenhaften Erzählungen über den Bangueloze, der sich westlich vom Massaisee und südlich vom Tanganylee erstreckt. Der Chambesi, der Quellfluß des Kongo, hält südlich des Tanganylee entspringend und in den Bangueloze mündend, bildet die einzige mögliche Zufahrt zu diesem Binnensee, um den sich rings ein unburdhänglicher Sumpf meeresgleich ausdehnt. In seiner Umgebung hausen die Batwa, ein Fischervolk, das abgeschlossen von der Außenwelt ohne Kleidung und ohne Hütten auf tiefer Kulturstufe lebt. Der Papurosumpfgürtel, der ihre Heimat umschließt, ihre Wildheit, ihre Freiheitsliebe, ihr Haß gegen den Europäer und ihre von den Einheimischen der Nachbarstämme gerührte und gefürchtete Geschildertheit im Gebrauch von Speer, Pfeil und Bogen haben die Batwa bisher vor Furchtlosen bewahrt. Oberleutnant a. D. Graeß durfte der erste Europäer sein, der in ihre Schlupfwinkel gedrungen und verschiedenes über ihre Sitten erfahren hat. Es geschah dies mittels eines seetüchtigen Motorboots. Am 27. April 1911 brach die deutsche Motorboots-Expedition vom Indischen Ozean an der Ostküste Afrikas auf und erreichte trotz aller sich in den Weg stellenden Hindernisse und mannsfacher Gefahren am 30. November ihr Ziel. Doch beinahe hätte der Führer Oberleutnant Graeß das Leben eingebüßt. Bei einer Fischerei wurden er und sein Begleiter, der Photograph Friede, von dem angegriffenen Tiere schwer verwundet. Friede erlag seinen Verletzungen, während Graeß mit dem Leben davon kam. Die Kunde von diesem Unheil, bei dem sich Graeß als Held bewährte, drang seinerzeit auch nach Deutschland und fand ihren Weg durch die Presse. Unterstützt von vielen prächtigen, zum Teil farbigen Lichtbildern, von denen die meisten noch von Friede aufgenommen worden waren, erzählte der Dr. Vortragende seine Erlebnisse und fesselte infolge seiner anschaulichen und spannenden Schilderung die Aufmerksamkeit der Hörer von Anfang bis zu Ende seines zweistündigen Vortrags. Lebhafte Beifall lohnte ihn am Schlüsse seiner Ausführungen.

* Es hatte den Anschein, als ob der diesmalige Jahrmarkt unter der Ungnade der Witterung leiden werde. Gestern mittag läßt sich aber das Wetter auf, und bald strömten aus den Vorhädten und den umliegenden Ortschaften zahlreiche Kauf- und Schaulustige dem Stadtmuseum zu. Da der Altmarkt jetzt dem Jahrmarktbetrieb entzogen ist, entwidmete sich der Hauptverkehr am Neumarkt und hinter der Frauenkirche, insbesondere aber in der Neustadt, wo auch das sogenannte Vergnügungsspiel gegenüber dem Birkusbau seine Anziehungskraft ausübt. Das Umgangsgeschäft thöri im allgemeinen gestern und auch heute lediglich zu sein, besonders waren die Stände der Händler mit Steinzeug

und Porzellanwaren, sowie der Louiser Leinweber gut besucht.

* Ein Brand wurde am gestern früh 4 Uhr in den Räumen einer Damenfutterfabrik im Grundstücke Tapberg 5 bemerkt. Das Feuer, dessen Entstehungsursache unermittelbar blieb, hatte in den Nachstunden Zeit gefunden, sich unbemerkt zu entwickeln, so daß die aus den Räumen in der Döter- und Schütterstraße eintreffende Feuerwehr einen größeren Brandherd vorfand, gegen den sich zw. i Schlauchleitungen angewendet wurden. Der angerichtete Schaden ist ziemlich erheblich, er wird jedoch durch Versicherung gedeckt werden. Zu den umfänglichen Aufräumungsarbeiten ließ die Feuerwehr noch eine Mannschaftsabteilung aus der Hauptwache herbeiziehen. Erst nach reichlich dreistündiger Arbeit hatte die Feuerwehr ihre Tätigkeit beendet.

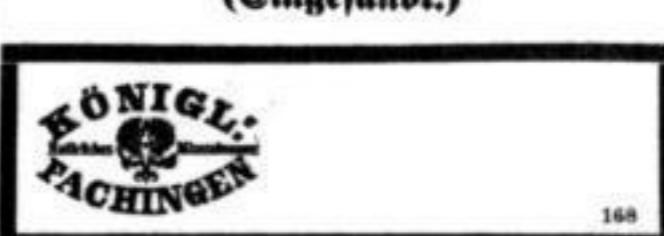
* In einem Analle von Schwerin hat sich heute früh eine im Hause Louisenstraße 7 wohnende 51 Jahre alte Beamtenwitwe durch Kohlenoxydgas getötet. Die Frau hatte einen Eimer mit brennenden Kohlen hingestellt und sich dann ans Bett gelegt. Als sie aufgeweckt wurde, rief man sofort die Feuerwehr zur Aufnahme von Wiederbelebungsversuchen mit Sauerstoff herbei, die aber erfolglos waren.

* Zum Überfall in der Cottaer Straße wird uns von der Polizeidirektion weiter gemeldet: Es steht fest, daß der Unbekannte, der die Buchdruckerstube Uhlmann beraubte und zu Boden schlug, folgende Wäschestücke mit sich nahm: 1. Eine 1,90 m lange und 1,27 m breite Bettüberzüge von weißem, baumwollinem „Stangenleinen“ (weißes Streifenmuster, jeder Streifen 2½ cm breit) ohne Monogramm, mit je 3 Stoffknöpfen versehen. 2. Ein weißliches, 1,5 m langes und 1,9 m breites Tischtuch, Sternenmuster mit Kante à la grecque mit 3½ mal 2½ cm großem, verschlungenem, rotem Monogramm G. S. 3. Ein weißliches, 1,18 m langes, 1,9 m breites Tischtuch mit 4 mal 5 cm großem, rotem, verschlungenem Monogramm G. S. 4. Ein weißbaumwollenes Bettluch, 2,30 m lang und 1,53 m breit, mit roten, in Kreuzfisch gekleideten, je 4½ cm hohen, gotischen Buchstaben G. S. 5. Ein weißbaumwollenes Bettluch, 2,52 m lang, 1,68 m breit, mit rotem, 3½ cm großem, verschlungenem Monogramm G. S. Wer den Besitzer oder Verkäufer dieser Wäschestücke kennt, möge sich sofort bei der Kriminalabteilung melden. Es sei nochmals auf die Belohnung von 300 M. hingewiesen.

* Vor dem hiesigen Königl. Schwurgerichte war für heute eine Verhandlung anberaumt gegen den nach nicht 18 Jahre alten Dienstkrise Ernst Otto Heine aus Kraatz bei Königsbrück, die 17 Jahre alte Dienstmagd Clara Martha Hoffmann aus Kroppen und den 31 Jahre alten Gutsbesitzer Karl Albert Schumann aus Lampertswalde bei Großenhain wegen Meineids und Anstiftung zu diesem Verbrechen. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Tröby, die Königl. Staatsanwaltschaft vertrat Gerichtsassessor Stelzner, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Thüme und Dr. Dietrich aus Großenhain übernommen. Es waren 16 Zeugen vorgetragen. Gegen Heine, der sich auf freiem Fuße befand, konnte nicht mit verhandelt werden, da er sich am 8. d. M. erschossen hat. Heine und die Hoffmann dienten bei dem Mitangestellten Schumann in Lampertswalde. Letzterer ist verheiratet. Seine Frau hat gegen ihn wegen Wissenshandlungen auf Scheidung gelaufen. In diesem Prozeß sind Heine und die Hoffmann am 4. November 1910 vor dem Königl. Amtsgerichte Großenhain und am 27. Februar v. J. vor dem hiesigen Königl. Landgerichte als Zeugen eidlich vernommen worden. Die beiden jungen Leute sollen hierbei wesentlich falsch geschworen haben. Schumann ist beschuldigt, daß er die Hoffmann und Heine unter Missbrauch ihres Ansehens und durch Verbrechen von Geschenken zur Begehung der Meineide vorsätzlich beeinflußt hat.

* Aus dem Polizeiberichte. Am 17. d. M. gegen 11 Uhr vormittags ist ein auf der Durchreise begriffener Ungar auf dem hiesigen Hauptbahnhof zwei Bauernfängern in die Hände gefallen, die ihm unter Anwendung betrügerischer Machenschaften seine Tasche, bestehend aus: Sieben Stück Zwanzigkronennoten in österreichischer Währung, einer Einhunderdollarnote, drei Stück Fünfzigdollarnoten und 30 Stück Gehndollarnoten in der Währung der Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschwindelt haben. Sie haben sich mit ihrem Opfer in ein in nächster Nähe des Hauptbahnhofes gelegenes Restaurant begeben und dort die Tat ausgeführt. Dem Geschädigten haben die Gauner eine braunlederne Reisehandtasche mit gelben Beschlägen und Lederschnallen, die einer der Bauernjäger vorher im Besitz hatte, mit fast wertlosem Inhalt zurückgelassen. Beschreibung der Bauernjäger: der erste, anscheinend Fleißiger, 25 Jahre alt, 165 cm groß, braune Haare, hohe Stirn, bartlos, vollständige Bähne, runde Gesichtsbildung, gesunde zarte Gesichtsfalte, hüftiger Dialekt, bekleidet mit grauem Jackenanzug, schwarzen Schnürschuhen, Stahlumlegekragen, grauem Krägenknoten und grauer Sportmütze, der zweite anscheinend besserer Arbeiter, 40 bis 45 Jahre alt, 175 cm groß, schwarzbraune Haare, zurückweichende Stirn, dunkler schwarzer Schnurrbart, knochige vierzehige Gesichtsbildung, braune Gesichtsfarbe, italienischer Typus, spricht gebrochen deutsch, bekleidet mit dunklem Anzug, schwarzem Winterüberzieher, schwarzen Seiden-Hüttel. Einige Wahrnehmungen über die Personen der Bauernjäger werden an die Kriminalabteilung, Schießgasse 7 I, Zimmer 39, erbeten.

(Gingesandt.)



168

Infolge freiwilligen Abgangs des bisherigen Inhabers ist die Stelle des dritten rechtsfähigen beauftragten Mitgliedes des hiesigen Stadtrates, mit welcher ein pensionsberechtigtes jährliches Gehalt von 4500 M. verbunden ist, alsbald anderweitig zu belegen.

Der Amtstellende muß diejenige Beschäftigung besitzen, welche die Voraussetzung zur Annahme eines selbständigen Richteramtes bildet. Die Anstellung erfolgt zunächst auf 6 Jahre.

Bewerber wollen Gefüche unter Beisichtung von Zeugnissen bis zum 6. April 1912 an den unterzeichneten Stadtrat gelangen lassen.

Dresden, am 12. März 1912.

Der Stadtrat.

Die Stelle des juristischen Stadtrates und Stellvertreters des Bürgermeisters ist infolge Wahl des derzeitigen Inhabers in ein anderes Amt möglichst bald zu belegen. Die Wahl erfolgt zunächst auf 6 Jahre. Der Anfangsgehalt beträgt 4000 M. Der selbe erhöht sich aller 2 Jahre um 400 M. bis auf 5600 M.

Bewerber, die zur Bekleidung eines selbständigen Richteramtes oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt und im Verwaltungsdienste bereit mit Erfolg tätig gewiesen sind, wollen Gefüche mit Lebenslauf,zeugnisschriften und ärztlichem Zeugnis bis zum 6. April 1912 beim unterzeichneten Stadtrat einreichen. Persönliche Vorstellung ist nur nach vorheriger Aufforderung erwünscht.

Döbeln, am 16. März 1912.

Der Stadtrat. Bürgermeister Müller.

Infolge Übertritt des gegenwärtigen Inhabers in den Ruhestand ist das Bürgermeisteramt der Stadt Harsleben am 1. Juli dieses Jahres neu zu belegen. Die Wahl erfolgt zunächst auf 6 Jahre. Der Gehalt beträgt 5000 Mark, wobei die Belohnung für Verwaltung der Spitäler und des Landesamts beigegeben ist; Gehaltszulagen werden in Aussicht gestellt. Da die Einführung der Revidierten Städteordnung in Aussicht genommen ist, soll diese Stelle mit einem nach § 84 Absatz 2 der Revidierten Städteordnung gerichteten Juristen besetzt werden. Den Vortzug erhalten diejenigen Herren, die im Verwaltungsfach hinreichende Erfahrungen haben und im Gemeindebeamten tätig sind.

Bewerbungen mit Zeugnissen und Lebenslauf erbitte ich und bis spätestens 6. April dieses Jahres.

Personliche Vorstellung ist zunächst ohne besondere Aufforderung nicht erwünscht.

Der Stadtgemeinderat zu Harsleben.

Beginn der Vorlesungen: 22. April 1912.
Vorlesungs-Verzeichnis
für das Sommersemester 1912

zu haben in Dresden bei v. Zahn & Jaensch, Waisenhausstraße 10,
oder direkt vom Sekretariat.

Für jede Gemeindebehörde ist unentbehrlich:
Strafgesetzbuch
für Gemeindevorstände und Gutsvorsteher
im Königreich Sachsen, enthaltend eine systematische Zusammenstellung der für die Strafzuständigkeit des Gemeindevorstandes bez. Gutsvorsteher in Frage kommenden Bestimmungen des allgemeinen Reichs- und Landesrechts nebst einem Anhang: Allgemeine Bestimmungen sowie einige Musterstrafverfügungen von Regierungsamt Mann von der Mosel.
Preis: gebd. M. 2,25 postfrei.

Was haben Gemeindevorstände und Gutsvorsteher in Sachsen bei Erlass von Strafverfügungen zu beachten?
von Gerichtsassessor Götter.
Preis: brosch. 30 Pf. postfrei.

W. H. Möller's Verlag in Nossen.

Militär-Vorbereitungsanstalt staatl. konzess.
verbunden mit **Pensionat**

Hofrat Prof. Pollatz, Dresden, Marschnerstr. 3
Telephon 2317 Sprechstunde 3—5 Uhr.

Die Anzahl bereitet zur Freiwilligen-, Prinzipalreise- und Führerprüfung, sowie für die oberen Klassen höherer Schulen und das Abiturientenexamen vor.

Seit 42 Jahren — nachweisbar — allergrößte Erfolge.

ÖSTERREICHISCHER LLOYD, TRIEST

„Thalia“ — Vergnügungsreisen

V. „Osterreise nach Nordafrika und Sizilien.“
Vom 3. bis 17. April (Triest, Korfu, Malta, Tunis, Philippopolis (für Konstantinopel), Palermo, Messina, Cattaro u. Triest). Fahrpr. m. Verpf. v. ca. M. 316.— an.

VI. „Nach Spanien u. den Kanarischen Inseln.“
Vom 20. April bis 19. Mai (Triest, Korfu, Palermo, Alger, Malaga, Cadiz, Madeira, Teneriffa, Tanger, Gibraltar, Mallorca, Barcelona, Genua.) Fahrpr. m. Verpf. v. ca. M. 600.— an.

VII. „Nach dem Norden“ (Dritte Flottenvereins-Reise)
Vom 24. Mai bis 24. Juni. (Genua, Ajaccio, Palermo, Tunis, Philippopolis, Algier, Malaga, Gibraltar, Tangier, Cadiz, Lissabon, Bayonne für Biarritz, Ryde auf Wight, Ostende, Amsterdam, Hamburg.) Fahrpreis samt Verpflegung von ca. M. 650.— an.

VIII. „Erste Nordlandreise.“
Vom 28. Juni bis 12. Juli. (Hamburg, Odda, Loen, Merok, Naes, Drontheim, Molde, Aalesund, Balholmen, Gudvangen, Bergen, Hamburg.) Fahrpreis samt Verpflegung von ca. M. 325.— an. Landausflüge durch Thos. Cook & Son, Wien.

Expressverkehr Triest—Alexandrien
m. d. neuen 8000 Tonnen Luxusdampfern „Wien“ u. „Helwan“. Jeden Sonntag ab Triest. 72 Stunden Seefahrt bis Alexandrien. Einmalige Triest—Shanghai, monatlich am 4. ab Triest. Fahrtzeit bloß 34 Tage. Vorzügl. Passagierdampfer.

Prospekte, Ankünfte in Dresden bei Generalagentur des Österreichisch-Lloyd. Intern. Reisebüro Alfred Kohn, Christianstraße 31, Thos. Cook u. Son, Prager Straße 45, A. L. Mende, Bankstraße 3. 1900

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Subweis Wasserstande Weißer Leinwand Aufz. Dresdner

17. März + 10 + 30 + 66 + 56 + 39 + 70 — 82

18. März + 10 + 32 + 57 + 58 + 45 + 73 — 86

1900

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journal, — Druck von G. G. Teubner. — Dazu zwei Beilagen.

Sanitätsrat Dr. Victor Riedel
verreist vom 21. März bis 26. April.

1901

F. A. Katzschke  Lederwaren

Schlossergasse 5, nahe Altmarkt. Hoflieferant. Luxus- und Holzwaren. Tel. 8007. Werkstatt für feine Lederarbeiten und Buchbinderei. Tel. 8007.

Wer kennt Plauen?

Wie Meißen durch sein Porzellan, Dresden durch sein Kunstsgerberei, so ist Plauen durch seine Gardinen berühmt. Plauen ist in der Gardinenmode für die ganze Welt tonsanggebend. Wer für die neuesten, soeben aus der Fabrikation kommenden, äußerst geschmackvollen und dabei durchaus wohlfühlenden Gardinen, Stores etc. Interesse und Bedarf daran hat, wird hiermit zu einem Besuch des „Plauener Gardinen-Hauses“ Adolf Erler, nur Waisenhausstraße 19 (neben Moritz Hartung) läßlich eingeladen.

Die Preise für die Restbestände vorjähriger Gardinen sind wesentlich ermäßigt.

Von altererem rhein. Weinhaus nachweislich durchaus tüchtige

Reisende gesucht

zum Besuch besserer Private.
Ausführliche Offerte mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit
zur K. O. 7382 an Rudolf Moisse, Köln.

463



Luftkissen Ia Qualität
Wasserkissen
= Eisbeutel =
Reisekissen
Gummimatten

Knoke & Dressler
Königl. Hoflieferanten
Dresden - Altstadt
König Johann - Straße
Ecke Pirnaischer Platz

Familiennachrichten.

Geboren: Ein Knabe: Hrn. Hugo Rothaus in Nordhalben i. Bayern; Hrn. Walter Blüggen in Dresden; Hrn. Rudolf Krause in Görlitz. — Ein Mädchen: Hrn. Reichsanwalt Dr. Winkler auf Mittberg Kleinmühlan; Hrn. Lieutenant Kurt v. Steuben in Berlin; Hrn. Fehn. v. Richter, Seminar-Oberlehrer in Pöhlwitz; Hrn. Prof. Künn in Plauen i. B.

Verlobt: Hr. James Cohn mit Fr. Emmy Baumann-Heyne in Leipzig; Hr. Otto Scherz, Muisolienhändler, mit Fr. Hildegard Gräfe in Leipzig; Hr. Dipl.-Ing. Max Krebsig mit Fr. Ruth Schmidtje in Halle i. B.

Gerichtsassessor Dr. Walter Wolf
Margarete Wolf geb. Höhlschütter
beobachtet sich, die Geburt eines Sohnes angezeigt.

Dresden, Sedanstraße 31 II,
am 18. März 1912.

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied heute abend 1/2 8 Uhr sanft nach langer Krankheit meine heiliggeliebte Frau, die Mutter meines Kindes, unsere herzensgute Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Frau Eva Selle
geb. Klinkhardt

im 21. Jahre ihres Lebens.

Leipzig, Lechnerstr. 31, und Dresden,
den 16. März 1912.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Paul Selle,
Oberleutnant und Regiments-Adjutant des
7. Inf.-Reg. „König Georg“ Nr. 106

Sophie Klinkhardt,

geb. Degen

Generalarzt g. D. Dr. Selle,
Leibarzt Sr. Majestät des Königs

und Frau Hanna

geb. Bucher.

Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 19. März nachmittags 4 Uhr von der Patentationshalle des Südfriedhofes in Leipzig aus.

1906

Kunst und Wissenschaft.

Residenztheater. („Ein Königreich m. b. H.“, Groteske von Franz Wagenhoff.) Der in Paris lebende Verfasser hat früher unter dem Schriftstellernamen Franz Wagn eine Reihe von ernsten und heiteren Stücken für die Bühne geschrieben und sich auch als Übersetzer zahlreicher französischer Schauspiele (u. a. von Alexandre Dumas) bekannt gemacht. Nun läuftet er den Schleier seines Pseudonyms und zeichnet auch die obige, 1907 entstandene Groteske mit seinem richtigen Namen. Die Handlung dreht sich um das nordafrikanische Phantasieländerei Saheli, dessen vor dem Ruin stehender Thronerbe schließlich einwilligt, daß sein Land in eine S. m. b. H. umgewandelt wird. Eine Operette ohne Musik. Es ergeben sich eine Reihe lustiger und lustig sein sollender Szenen, die den bühnenerfahrenen Schriftsteller kennzeichnen. Es fehlt nicht an Scherzen im Dialog. Alles ist auf zu schwachen dramatischen Füßen; vieles ist zu breit angelegt und die Handlung zu wenig straff geführt. Mit Ausnahme des trefflich charakterisierten amerikanischen Milliardärs und seines weitschweifigen Töchterleins sind alle Figuren Puppen ohne Blut und Leben. Wie man wirkungsvolle Satiren und Grotesken schreibt, haben uns Wilhelm v. Scholz („Verkaufte Seelen“) und Paul Apel („Hans Sonnenhüters Höllenfahrt“) gezeigt. Die wahre Begabung des Hrn. Wagenhoff scheint mehr auf dem Gebiete des Schwanzes bez. des Librettos zu liegen. Wäre „Ein Königreich m. b. H.“ zu einer Operette ausgestaltet worden, hätte vielleicht die Musik manches überbrückt und mit manchem verhindert, was jetzt als töricht und nutlos erscheinen muß. Direktor Witt hatte die Groteske prächtig ausgestaltet. Er selbst spielte den Amerikaner mit lounigem, überlegenem Humor. Nächst ihm ist Hr. Bäck zu loben, die als Minnie Müller ihres Vaters würdig war. Aus der langen Reihe der Mitwirkenden seien noch die Damen Marshall, Brill und Münchheim sowie die Herren Wagner, Fries, Geffers, Wolf, Lange und Heiligenschein genannt. Die Aufführung machte in allgemeinen einen guten Eindruck, wenn auch die Abhängigkeit vom Souffleur manchmal recht ohrenfällig bemerkbar wurde. Nach den beiden letzten Akten wurde mit den Darstellerin auch der anwesende Verfasser wieder gerufen.

Zentraltheater. Auf der Spielordnung stand vorgestern und gestern Lehars „Graf von Luxemburg“. Anloß dazu hatte das Glasspiel zweier Künstler gegeben. Die Titelrolle spielte auf Anstellung, wie wir hörten, Dr. Eduard Rosen vom Johann-Strauß-Theater in Wien. Der Künstler verfügt über eine nicht grobe, aber weiche und angenehme Stimme, die er, bis aus einem hin und wieder etwas beeinträchtigenden halbigen Tonansatz, mit seinem künstlerischen Geschmack anwendet. Rinnit man hinzzu, daß er über ein gewinnendes Auftreten und vornehmes, sicheres Spiel verfügt, so kann man, soweit sich dies auf Grund eines Gaftspiels beurteilen läßt, wohl zu seiner Verpflichtung für das Zentraltheater raten. Der zweite Gast war die dem Dresdner Publikum von der heiligen Erstaufführung des „Grafen von Luxemburg“ wohlbekannte Frau Phila Wolff. Wir schrieben damals, daß sie zu den besten dramatischen Sängerinnen der Operettentümmer unserer Tage gehört. Auch diesmal war es ein Genuss, ihrer durch Schönheit wie Größe ausgezeichneten Stimme zu lauschen und ihrem anmutigen und vornehmen Spiel, das durch eine glänzende äußere Erscheinung unterstrichen wird, zuguhauen. In den reichen Beifall, den das volle Haus spendete, teilten sich neben den Gästen vor allem auch Hr. Flora Hegner und Hr. Oskar Aigner.

Mozartverein. (Mitgliederkonzert.) Im Hinblick auf die Hochzeit, mit der diese Konzertzeit endet und bei der dem berufsmäßigen Hörer gegenwärtig fast allabendlich doppelte Aufgaben wünschen, mag es uns gestattet sein, einmal über die geistige Generalprobe zu berichten. Das Programm wurde ja auch durchgängig in der gleichen Weise durchgeführt, wie es vorgezeichnet war. Haydns Es-dur-Symphonie aus der Zahl der „Vondoner“ begann, von allen Musikfreunden willkommen geheißen. Am Schlusse stand als „große Neuheit“ eine C-dur-Symphonie von Franz Berwald. Die Programmbemerkungen wiesen darauf hin, daß der schwedische Geiger und Dirigent Tor Aulin sie in Berlin zur Aufführung gebracht hatte und daß die Kritik daselbst besungen hatte, „diese Musik troge die untrüglichen Zeichen des Genies, das, unbekümmert um seine eigene Zeit, Entwicklungsformen schafft, deren Würdigung einer späteren Epoche vorbehalten bleibt.“ Ein „schwedischer Beethoven“ war wohl sogar Franz Berwald genannt worden, dessen Oper „Estrella de Soria“ (1862) man gelegentlich der Einweihung des neuen Opernhauses in Stockholm wieder hervorgeholt hatte. Von der Symphonie, die wir hörten, heißt es nun, sie sei ebenfalls vor etwa 50 Jahren entstanden. Aber ehrlich gesagt, sie klang wie aus einer noch früheren Zeit. Man hörte eben aus ihr heraus, daß sie auf einem Boden erwuchs, der außerhalb der eigentlichen musikalischen Kulturländer lag. Frühromantisch, schubertisch gibt sie sich vielmehr als z. B. mendelssohnisch oder schumannisch, und auch eine Beethoven-Renaissance hatte es offenbar für Berwald noch nicht gegeben. Vom Standpunkt der schwedischen Musikgeschichte mag das als Originalität, als Selbständigkeit angesehen werden, aber nicht von dem der allgemeinen Musikgeschichte, die nun einmal gewisse Normen erfüllt. Also gönnten wir Franz Berwald, der ein tüchtiger Musiker war, den Schweden. Übrigens hatten sie noch einen wackeren Musiker dieses Namens. Johann Friedrich Berwald (1788 bis 1861), ein Sohn Franz Berwalds, hatte in jungen Jahren als Geiger den Kontinent bereist und später auch als Komponist in seinem Vaterlande Geltung gewonnen. Seinen Werken rührte man nach, daß sie gut gearbeitet seien und den erfahrenen Tonseher bestünden. Wir wollen dieses Urteil aufgreifen und auf die Symphonie von Franz Berwald anwenden. Originalität in der Erfindung verrät sie nicht, auch entbehrt sie der fesselnden Momente in der thematischen Entwicklung, aber ein gewisses Streben nach Neuem und Eigenem mag man

wohl erkennen. Freilich entbehrt dieses nicht eines seltsamen beinahe baroden Beigeschmacks, so der Paulenklag, der die Mittelhände Adagio und Scherzo trennend verbindet. Aber barode Einsätze, zu denen auch die prallige Verwendung des Blechs und Schlagzeugs im ersten Satz, die frappierenden Violinfiguren im Adagio u. a. m. gehören, sind nicht unbedingt auch „originell“ zu nennen. Doch wie dem sei; wie sind dem Verein und seinem Dirigenten dankbar, daß sie uns die Bekanntschaft mit diesem „alten Schweden“ vermittelten. „Zwischen den Symphonien“ kam das Klavier zum Worte. Hr. Marie Bergwein-Berlin spielte zunächst Mozarts C-dur-Konzert (K. V. 467) — 1785 entstanden; ein Druschler ließ es sieben Jahre nach Mozarts Tode entstanden sein — und Stücke von Rameau, Corelli, Godowitschi und Couperin. Aus dem herrlichen Mozartkonzert hätte die Pianistin viel herausholen können; denn es ist inhaltlich reich und schön. Aber sie schien noch nicht in „Konzertstimmung“ zu sein und etwas die „Probe“ zu markieren. In den kleinen Sachen aber zeigte sie ihre Geläufigkeitstechnik in gutem Lichte. Das Tie-toe-choo-Stückchen von Couperin, ein echtes Produkt der Clavecintechnik, spielt sie prächtig.

Kirchenkonzert. (Jakobskirche). Zum Besten des Vereins für Kirchenkünstlerinnen fand gestern nachmittag eine Musikauflauführung in der Jakobskirche statt, die ganz hervorragende künstlerische Genüsse bot. Man wüßte als Berichterstatter in der Tat nicht, welchem der Mitwirkenden der Vorritt gebührt, wenn er nicht Frau Minnie Rast schon als Dame zuläme. Sie hätte keine bessere Wahl treffen können! Gerade die drei Arien des Phipps aus Händels „Jephtha“ wollte man aus ihrem Wunde so gern wieder hören. Die leiste: „Heil sei Euch, des Lebens Glück“ ist geradezu ein Juwel. Wie wundervoll sie Frau Rast in der Stimme liegt! Ubrigens dieser Händel könnte und sollte er heute nicht als Stimmbildner Geltung gewinnen? Kaum einen zweiten Meister gibt es, der so für den Gesang schreibt. Von Herren sangen drei um die Palme. Hr. Kantor Richard Schmidt machte sozusagen die Honneurs in seiner Eigenschaft als Organist. In schönem klar disponierten Vortrag spielte er als Introitus die G-moll-Phantasie und Fuge von Bach und Hans Fährtmanns „Abendfrieden“ (aus op. 19), ein Tonstück von tonpoetischem Reiz und G-fühlswerten. Hr. Plauchle sang mit prachtvoller Stimmlistung und ausdrucksvoolem Vortrag ein Arioso von Bach aus der „Johannespassion“ und zwei biblische Gesänge von Dowal. Zuletz, aber wahrschlich nicht dem Range nach, saß Hr. Henry Petri genannt, dem sein Sohn Egon an der Orgel beikam. Der Künstler sang ganz im Sinne der filigranen Komposition eine Sonate von Arcangelo Corelli, dem „Engel“ des Violinspiels und Mozarts wundervolles Adagio aus dem A-dur-Konzert. Also eine wahre Fülle erlebter Genüsse bot diese Veranstaltung!

Bon ihm kamen die Musicalischen Bilder zu dem „Märchen vom Baron Saltan“ zu Gehör. Das aber sind keine „Aquarelle“, sondern Ölbilder in reiser, satter Farbengebung, und zwar fehlt ihnen auch bei allem Impressionismus und aller Betonung des Farbigen keineswegs das zeichnerische Moment. Es ist eine Kunst, die in ihrem Werk bewußtmothen Antezug aus der Welt orientalischer Farbigkeit sucht und findet. Man kann Hr. Kantorowitsch nur dankbar sein, daß er uns die Bekanntschaft mit dem Werk vermittelte und dem Wunsche Ausdruck geben, es auch einmal unter v. Schuch in den Konzerten der Königl. musikalischen Kapelle zu hören. Fest, sicher und ruhig und dabei doch temperamentvoll ließ der junge Kapellmeister das Werk und stellte sich so als Dirigent ein äußerst günstiges Prognostikon. D. S.

* Der Akademische Rat der Königl. Akademie der bildenden Künste zu Dresden hatte beschlossen,

in diesem Jahre von einer allgemeinen Studienarbeiten-ausstellung an der Königl. Akademie der bildenden Künste abzusehen und dafür nur die Klassenschülerarbeiten auszustellen. Diese Ausstellung hat vom 14. bis 16. d. M. im akademischen Ausstellungsgebäude auf der Brühlschen Terrasse stattgefunden und es sind aus diesen Anläufe die nachstehenden akademischen Auszeichnungen verliehen worden:

11 Ehrenzeugnisse mit Prämien an: Albert Johannsen im Konsal des Hrn. Prof. Dr. Bäumer, Adolf Kögelsberger und Emil Reiche im Konsal des Hrn. Prof. Dr. Bäumer, Ernst Dietrich, Karl Hahn, Hans Herzog, Hermann Lange und Theodor Neuber in der Mittelklasse der Herren Prof. Müller und Schindler und Bernhard Krebschmar, Max Watted und Martin Wolf in der Unterklassen der Herren Prof. Wehle und Sterl.

11 Prämien an: Antonio Gabrinas, Karl Henkel, Hermann Kaiser, Johann Lorenz und Curt Stephan im Konsal des Hrn. Prof. Dr. Bäumer, Karl Viebrach, Friedrich Kurth, Oskar Rothkirch und Louis Segal im Konsal des Hrn. Prof. Dr. Bäumer und Johannes Delli und Josef Schäfer in der Mittelklasse der Herren Prof. Müller und Schindler.

Weiter wurden verliehen:

5 Geldpreise für Kompositionen an Bernhard Müller im Atelier des Hrn. Prof. Guilmann, Arthur Lippert im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. Diez, Dr. Johannes Lennert im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. Prell, Max Lingner im Atelier des Hrn. Prof. Dr. Bäumer und Gustav Reichmann im Atelier des Hrn. Prof. Bröba, ferner

eine Stipendium der Kunsthilflichen Stiftung von jährlich 900 R. auf drei Jahre dem Studierenden im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. August Oskar Schanze aus Dresden.

Für die akademische Lehrmittelstammlung wurden aus der Akademielasse verschiedene gemalte und gezeichnete Studien angekauft von: Johannsen, Lorenz, Reiche, Hahn, Neuber, Peres, Schäfer, Schaff, Schenk und Steiniger.

Gleichzeitig mit den Klassenschülerarbeiten waren an den gedachten drei Tagen die Bewerbungsarbeiten um das diesjährige, für Bildhauer bestimmte akademische Reisestipendium aufgestellt. Mit Allerhöchster Benennung St. Majestät des Königs ist das akademische Reisestipendium dem Studierenden im Atelier des Hrn. Prof. Arba Paul Berger aus Zwiesel und das Äquivalent des Reisestipendiums, die große goldene Medaille nebst zugehörigem Geldpreis dem Studierenden im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. Diez Curt Bauch aus Weissen zuerkannt worden. Den Mitbewerbern Arthur Berger im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. Diez und Franz Stellmacher im Atelier des Hrn. Prof. Bröba ist in Anerkennung ihrer guten Bewerbungsarbeiten je ein Geldpreis der Turnamentstiftung verliehen worden und endlich soll dem S. Bemebber, dem vormaligen Studierenden im Atelier des Hrn. Geh. Hofrat Prof. Diez Edmund Woeller, zurzeit in Rom, für seine gleichfalls vorzügliche Arbeit ein Staatsauftrag in Aussicht gestellt werden.

* Der Ausschuß zur Errichtung eines Schillerdenkmals in Dresden hält am Sonnabend nachmittag in dem Atelier des Herrn Professors Selmar Werner, Blasewitzer Straße, eine Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtärztes Dr. med. Hoff. Zunächst wurden einige von dem Künstler entworfene Friese, die für den Sockel des Denkmals bestimmt sind, besichtigt. Sie fanden Beifall bei den Mitgliedern der Kommission und wurden nach dem vorhandenen Entwurf genehmigt. Das Denkmal wird in weißem Marmor hergestellt. Der Standort des Denkmals, das bekanntlich in der Gartenanlage vor dem Café Pollander in der Hauptstraße zu Dresden-Reußstadt zu stehen kommt, kann als günstig bezeichnet werden. Die Arbeiten für das Denkmal sind nunmehr so weit vorgetrieben, daß der Ausschuß hofft, es am 11. November 1913 der Öffentlichkeit übergeben zu können.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Im Residenztheater finden morgen Dienstag und Donnerstag Aufführungen der Groteske „Ein Königreich m. b. H.“ statt. Mittwoch und Freitag wird die Operette „Suzette“ gegeben. Sonnabend geht zum erstenmal die Operetten-Neuheit „Die imliche Liebe“ von Julius Bauer, Musik von Paul Olteneimer, in Szene.

* Die nächste Neuheit des Zentraltheaters ist die Operette „Das Puppenmädchen“ von Leo Hall, für die Hr. Max Friedhardt vom Berliner Theater des Webers als Gast für die Partie der „Rosalilla“ verpflichtet wurde. „Das Puppenmädchen“ geht Sonnabend, den 23. d. M., erstmals in Szene. Die Erstaufführung findet als Abschieds-Vorleistung für den nach Berlin gehenden langjährigen Kapellmeister des Zentraltheaters Hr. Georg Pittrich statt. Bis einschließlich Freitag, den 22. d. M., wird allabendlich 8 Uhr „Eva“ von Franz Lehár gegeben.

* Königl. Conservatorium. Heute Montag, abends 18 Uhr, findet in der Kreuzkirche das 6. Prüfungskonzert statt. Vorträge für Orgel, Violin, Chor und Orchester. Eintritt frei. * Morgen, Dienstag, 18 Uhr im „Palmengarten“ letzter Kammermusikabend (Brühlsche) von Severin Eisenberger (Klavier), Konzertmeister Paul Wille (Violin) und Hans Schuch (Cello). Es wird die Berliner Altshain Agnes singt. Gezeigt wird das Trio C-moll op. 101 und das Klavier-Duett G-moll op. 25 (beides unter Mitwirkung des Kammervirtuosen Alfred Spigner, Viola). — 18 Uhr im „Künstlerhaus“ Violinkonzert von Iossay Milnichty. Suite von Baganini-Wildehni, Tartini-Joachim, P. Martini-Kreisler, Bachmann, Francoeur-Kreisler, Kreisler, Tittersdorf-Kreisler,

Schubert-Wilhelmi, Corelli-Kreisler. Am Klavier: Albert Hufeld. Karten bei Dies und an der Abendkasse.)

* Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Vereinshaus der öffentliche Vortragsabend der Gesellschaft für Christentum und Wissenschaft statt, bei dem Herr Prof. Dr. Kaufmann von der Universität Breslau über "Die Bedeutung der geschichtlichen und theologischen Forschung für die religiöse Krisis der Gegenwart" sprechen wird. (Zu der sehr Anstrengung im Interesse unserer letzten Sonnabendnacht war der Vortragstisch verschwunden. Die Bedenken u. d. bezeichnet worden.) Der Eintritt ist frei.

* Lehmann-Oster-Grot. Heute abend 8 Uhr findet das meistfach erwähnte Konzert im Ausstellungspalast statt. Karten in Ehemalige Musikschule, Wolfgangstraße 18 (Sternsprecher 374) und an der Kasse.

* Die Aufführung des Oper "Regimentsdoktor" durch das Opernensemble Felix Petrenz findet übermorgen, Mittwoch, 14 Uhr, im Centraltheater statt. Karten sind an der Kasse des Centraltheaters zu haben.

Mannigfaltiges.

Aus Sachsen.

Leipzig, 18. März. Zur Erleichterung des Besuchs der Leipziger Ostermesse beabsichtigt die Staatsseisenbahnverwaltung auch in diesem Jahre je einen Sonderzug zu ermäßigte Fahrpreisen von Plauen (Vogtl.), Dresden und Chemnitz nach Leipzig und zurück absetzen zu lassen. Als Verkehrstage sind hierfür in Aussicht genommen die Sonntage: am 14. April für den Sonderzug ab Plauen (Vogtl.), am 21. April für den Dresdner Sonderzug und am 28. April für den Sonderzug ab Chemnitz. Näheres hierüber wird s. J. noch bekanntgegeben.

sk. — Sehr sible Erfahrungen hat eine größere Leipziger Buchhandlungsfirma im Ostwest mit ihren 13 Marktelsern gemacht. In den letzten Jahren haben diese häufig Papier und Pfeile, mitunter ganze Ballen, im ursprünglichen Zustande wie sie vom Verlage gekommen waren, gestohlen und zu Spottpreisen an Händler bez. Händler losgeschlagen. Der Verlust der geschädigten Firma beläuft sich auf viele Tausend Mark; genau konnte der Schaden noch nicht bestimmt werden.

m. Chemnitz, 17. März. Der erste deutsche Husarenstag, der vom 8. bis 10. Juni d. J. hier stattfindet, dürfte nach dem nunmehr vorliegenden Programm in glänzender Weise verlaufen. Der Prototyp der Veranstaltung, Se. Majestät der König, wird voraussichtlich den großen Festommers beimessen. Bei Seiner Ankunft am Hauptbahnhof wird der Monarch von einer Ehrenwache der 19er Husaren in Uniform aus dem Jahre 1791 empfangen. Die Teilnehmer an dem Tage werden den Hauptfeiertag zu Pferde und in ihren Regimentsuniformen in Chemnitz einziehen, wobei das 3. Ulanenregiment Nr. 21 die Pferde stellen wird. Mit dem Husarentage ist auch eine Vertreterung sämtlicher Husarenvereine Sachsen, sowie ein Generalappell der ehemaligen Unteroffiziere des 2. Husarenregiments Nr. 19 verbunden.

Geringswalde, 17. März. Mit einem alten geladenen Revolver spielten zwei junge Leute. Dabei entlud sich der Revolver und der Schuh ging dem 24-jährigen Holzbildhauer Friedrich Karl Fischer in die Hand. Infolge Blutvergiftung und Wundbrandkampf starb Fischer, der erst 1½ Jahr verheiratet war.

Bautzen, 18. März. Gestern nachmittag gegen 14 Uhr hat im benachbarten Meschwitz der Feldwebel Symanek vom 4. Infanterieregiment Nr. 103 den 46 Jahre alten, aus der Gegend von Hoyerswerda stammenden Siegelebiger Kraus und darauf sich selbst erschossen. Der Grund zur Tat ist darin zu suchen, daß die Braut Symaneks, die 26 Jahre alte Kontoristin Döring, ihr Verhältnis zu Symanek gelöst hatte und den Siegelebiger Kraus beiraten wollte. Ein auf das Mädchen abgegebener Schuß ging fehl. Kraus und Symanek waren sofort tot.

A. Zwickau. Das 50jährige Geschäftsjubiläum feierte am 16. d. M. die Zementwarenfabrik Hermann Ohlschlügel, hier. Unter den zahlreichen Begeisterungen befand sich auch eine des hiesigen Stadtrats.

— Der Neubau des Bezirksleichen- und Krankenhauses für die Amtshauptmannschaft Zwickau zu Wiesen hat vorige Woche begonnen. Der Bauhof für etwa 200 Betten und 400000 M. Bauosten berechnet und soll bis 31. März 1913 beendet werden. Die Bauarbeiten hängen u. Franke in Leipzig führt den Bau aus.

Zwickau i. B. Ihr 75jähriges Bestehen beging in diesen Tagen die Baumwollweberei Hermann Lang, hier. Von einer größeren Feier wurde aber mit Rücksicht auf die Lohnbewegung der Weber vollständig abgesehen.

— Die Vogtländische Bank feierte gestern ihr 50jähriges Bestehen. Der Feier wohnte u. a. auch Kreishauptmann Dr. Fraustadt bei. Direktor Schreyer wurde zum Kommerzienrat ernannt. Die Bank stiftete aus Anlaß der Feier weitere 25000 M. für ihre Beamten.

pl. Döbeln i. Erzgeb. Die Gemeinden Döbeln, Hohndorf, Lugau, Niederwürschnitz und Oberwürschnitz beabsichtigen sich zwecks gemeinschaftlicher Versorgung mit Gas zu einem Gemeindeverband zusammenzuschließen.

Aus dem Reiche.

Berlin, 18. März. Die Turnvereinigung Berliner Lehrer beging gestern das Fest ihres 50jährigen Bestehens durch ein Schauturnen in der südlichen Turnhalle.

Berlin, 17. März. In der Synagoge in der Brunnenstraße wurde in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt. Die Täter, von denen man noch keine Spur hat, erbeuteten für etwa 900 M. silberne Geräte.

Berlin, 17. März. Die südwestafrikanische Nord-Südbahn Windhuk-Nietmundhoop ist nach einer telegraphischen Meldung am 3. März in voller Länge von 807 Kilometern dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Wiesbaden, 17. März. Der hier wohnhafte Kaufmann Karl Beckel, der für die Firma Thydethoff &

Wibmann (Biebrich) in Soloniki tätig war, ist nach hierher gelangten Meldungen seit dem 8. März spurlos verschwunden. Die Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben.

Hildburghausen, 18. März. Die Einladungen zu dem am 22., 23. und 24. Mai stattfindenden Fest des hundertjährigen Jubiläums des hiesigen Gymnasiums Georgianum sind an die Ehrenpforte und an die ehemaligen Schüler verhakt. Sollte irgendwer ehemaliger Schüler des Gymnasiums seine Einladung erhalten haben, wird er gebeten, seine jetzige Adresse der Direktion der Anstalt mitzuteilen.

Breslau, 18. März. Im Riesengebirge liegt der Schnee wieder 30 cm hoch.

Breslau, 18. März. Pfarrer Traub wird gegen das auf Strafversetzung lautende Urteil des Konsistoriums Berufung beim Evangelischen Oberkirchenrat einlegen. Rayen, 18. März. Ein Polizei-ergeant und ein Gendarm, die einen Wilderer verfolgten, wurden von diesem mit Schüssen empfangen. Der Polizei-ergeant wurde erschossen und der Gendarm verwundet.

Aus dem Auslande.

Athen, 17. März. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz von Sachsen ist in Korfu eingetroffen und von dem Präfekten und den Spionen der Behörden empfangen worden.

London, 17. März. Der englische Dampfer "Oceana", dessen Untergang wir bereits am Sonnabend meldeten, hatte eine Besatzung von 280 Mann und 41 Passagieren, von den 28 in Newhaven und 9 in Eastbourne an Land gesetzt wurden. Die "Oceana" läuft 747610 Bhd. Sterl. in harem Gelde mit sich. Ein französisches Fischerboot ist in Newhaven mit zwei Leichen der "Oceana" angekommen. Verschiedene Personen von der "Oceana" sind schwer verletzt; dem Schiffszimmermann ist ein Bein abgenommen worden. 18 Passagiere sind, nur notdürftig bekleidet, in London eingetroffen. Nach Erkundigungen in Eastbourne sind dort keine Nachrichten über die vermissten Insassen des ersten Bootes d. r. "Oceana" eingegangen. Es wird jetzt für gewiß erachtet, daß diese 17 Personen ertrunken sind.

London, 17. März. Nach einer Lloydsmeldung aus Gibraltar ist der deutsche Dampfer "Agenfels" auf der Fahrt von Rangoon nach Hamburg in der Nähe von Punta Gales an der marokkanischen Nordküste gestrandet. Der erste Offizier und ein Bootsmann sind ertrunken. Die übrige Mannschaft ist in Ceuta gelandet. Das Schiff ist stark beschädigt. Aus Ceuta wird zu der Strandung des Dampfers gemeldet, daß das Schiffsschiff außer dem ersten Offizier und dem Bootsmann noch mehr Opfer gefordert habe. Es habe sich später herausgestellt, daß ein mit Leuten vom "Agenfels" besetztes Boot untergegangen sei, wobei alle Insassen den Tod gefunden hätten. Dem Rest der Mannschaft sei es gelungen, das Land zu erreichen und am Strand ein Lager zu errichten, wobei sie von den Engländern unterstützt wurden. Schlepper sind zurzeit damit beschäftigt, die "Agenfels" wieder flott zu machen.

London, 17. März. Die deutsche Bark "Pisagua" ist in sinkendem Zustand von Schleppern in Dover eingebrochen.

Paris, 17. März. Während eines militärischen Fackelzuges im 20. Arrondissement kam es gestern abend zu Unruhen, da von einigen Personen feindliche Küsse ausgetauscht wurden, gegen welche die Menge Stellung nahm. Es wurden 13 Verhaftungen vorgenommen. Ein Polizist wurde verwundet.

Paris, 18. März. Hier ist ein Schwedensbankier namens Matmajol verhaftet worden, der in der Nähe der Komischen Oper zwei Bankinstitute mit tödlichem Namen eröffnete. Man spricht von einem Unterschleife von 2 bis 3 Mill. M.

Limoux, 17. März. Bei der heutigen Wahl zur Deputiertenkammer siegte der sozialistisch-radikale Kandidat Bonnial über den Kämpfer Bedrines, den Kandidaten der unabhängigen Sozialisten. Nach Bekündung des Wahlergebnisses drang eine Menschenmenge in den Hof der Unterpräfektur ein und sang die Internationale. Darauf verloren einige der Aufständischen, in die Räume des Unterpräfekten zu gelangen. Das Café, worin sich das Wahlkomitee für Bonnial aufhielt, wurde mit Steinen beworfen. Von Carcassonne ist eine Schwadron Dragoner nach Limoux abgegangen.

Venedig, 17. März. Der deutsche Kreuzer "König" ist heute hier eingetroffen.

Rom, 18. März. Aus Spezia wird gemeldet, die Polizei habe bei einem höheren Marineoffizier eine Haushaltung vorgenommen und ihn verhaftet. Er wird beschuldigt, der italienischen Regierung wichtige Militärgeheimnisse verraten zu haben.

Saloniki, 17. März. Eine Streifpatrouille stieß gestern bei dem Dorfe Milia auf eine griechische Räuberbande des Hauptmanns Chiosotti. In dem Kampf wurden fünf Räuber getötet, sechs verwundet, von der Patrouille ein Mann getötet, zwei verwundet. Der Rest der Bande entkam in der Dunkelheit. Ceuta, 17. März. Ein heftiger Sturm wird von der maurischen Küste gemeldet. Ein hier eingetroffener Frachtdampfer bringt die Nachricht, daß ein italienischer transatlantischer Dampfer nahe der Bucht von Almanza gescheitert sei und sich in gefährlicher Lage befindet. Der Dampfer hätte Boote ins Meer gesetzt, doch seien diese sofort gesunken, und alle Insassen bis auf einen ungelöschten. Andere Reisende seien an Bord geblieben, doch sei es unmöglich gewesen, ihnen zu Hilfe zu kommen.

Tanganrog, 17. März. Auf der Zeeche Italiana ereignete sich gestern eine schwere Gasexplosion. 49 Leichen sind geborgen. Viele Arbeiter erhielten schwere Brandwunden.

Havanna, 17. März. Heute nachmittag wurde das Wrack des amerikanischen Panzerschiffes "Maine", dessen Explosion im Jahre 1898 die unmittelbare Veranlassung zum Spanisch-Amerikanischen Krieg gab, unter großen Feuerleistungen auf hoher See versenkt. Als das Schiff in den Wellen verschwand, bedeckten zahllose Blum-, die auf das Deck gestreut worden waren, die Wasseroberfläche, und die Luft wurde erfüllt von den Salven der

amerikanischen und kubanischen Kriegsschiffe. Die Leichen der Mannschaft der "Maine" werden durch den amerikanischen Kreuzer "North Carolina" nach den Vereinigten Staaten gebracht, um dort beigesetzt zu werden. Am Vormittag war für sie eine feierliche Mess abgehalten worden, der fast alle kubanischen Beamten, einschließlich des Präsidenten Gomez, beigewohnt hatten. Während die Leichen im feierlichen Zug durch die Straßen nach dem Kai übergeführt wurden, ruhte in der Stadt jegliche Tätigkeit.

Folkswirtschaftliches.

O. Witterungsbericht Hotel Bellevue zu Dresden. Infolge des umfangreichen Um- und Erweiterungsbaues entricht das Hotel wieder allen Anforderungen, die an ein vornehmes Haus gestellt werden. Der Hotelbetrieb mußte während des Monats Mai wieder aufgenommen werden. Der ausgewiesene Gewinn ist daher in nur sieben Monaten erzielt worden. Trotz der verfügbaren Betriebszeit ist der Nettogewinn von 362 102 M. im Vorjahr auf 418 201 M. gestiegen. Die Gewinnsteigerung ist in erster Linie auf die Hygiene-Ausstellung und die damit in Zusammenhang stehenden vielen Kongresse zurückzuführen. Doch haben den Besuch des Hotels auch die neugetroffenen Wirtschaftungen günstig beeinflußt und auch das Wintergeschäft gefeiert. Der Umsatz befreit sich auf 626 214 M. gegen 555 865 M. im Vorjahr, also mehr 70 449 M. Der Gewinn aus dem Hotelgeschäft beträgt 98 909 M. Davon sind abzuschließen: 67 949 M. Zu den verbleibenden 30 958 M. steht noch der Vortrag von 1910 mit 27 643 M. Es wird beantragt, diese 68 602 M. wie folgt zu verteilen: 26 089 M. zum Reservefonds II, 3006 M. als vertragliche Rentante am Direktion und Beamte, 33 750 M. als 3% Dividende, 5 666,57 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Hierzu bemerkt die Direktion in ihrem Berichte noch: Wenn wir hier nach nur eine verhältnismäßig geringe Dividende zur Verleitung vorschlagen, so rechtfertigen wir dies damit, daß wir es im Interesse unserer Aktionäre halten, die durch den Umbau über den Ertrag der Prioritätsrente hinaus erreichbaren Umlauf durch Schaffung entsprechender Rücklagen nach und nach aus eigener Kraft aufzustocken. Dadurch erklärt sich auch unser Vortrag, dem Reservefonds II den Betrag von 26 089 M. zuzuführen.

Hamburg, 17. März. In der gestrigen Aufsichtsversammlung der Aktien- und Guvnmwerte Alfred Salomon Aktien-Gesellschaft wurde beschlossen, aus dem Ertrag von 675 897 M. zu Abschreibungen 316 981 M. zu Rückstellungen auf Warenbestände 270 000 M. zu verwenden und der auf den 20. April einberufene Generalversammlung die Bereitstellung einer Dividende von 6% ab 19. Juli 1911 auf die Vorratssaktien von 2 Mill. M. vorgeschlagen.

Erfurt (Rhdt.), 17. März. In der gestrigen Beiratssitzung des Kohlenjubiläums wurde die Umlage für das verloste Geschäftsjahr in der von Vorstand beantragten Höhe festgesetzt. Die anschließende Belegschaftsversammlung genehmigte den Anteil des Mühlheimer Bergwerksvereins auf Zusammenlegung seiner Beteiligungssätze mit der Bergbau-Aktiengesellschaft Mühlheim mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab. Hinzu fügt der Beiratssitzung der Beteiligungssätze für den April hinzu mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage, die keinen Überblick über den Umfang der Förderung gehabt, von einer Verhältnisförderung über die Höhe des Beteiligungssatzes in Kohlen abgesehen. Für Kohl und Bitum

37. Dresdner Pferde-Ausstellung

findet statt am 18., 19. und 20. Mai 1912

in Dresden-Seidnitz.

Anmeldungen werden angenommen, soweit Platz vorhanden, Dresden, Ringstrasse 25.

Ziehung der Ausstellung-Lotterie am 21. Mai d. J.

Das Comité für die Dresdner Pferde-Ausstellung.

1563

VITTEL SOURCE SALÉE

empfohlen bei Gallenstein-, Leber-, Magen- und Darmleiden. Allein-Vertrieb Mohren-Apotheke, Pirn. Platz.

Zu beziehen direkt oder durch alle Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen.

379

Wetterbericht der Königl. Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme aus Cochsen vom 18. März früh.

Station	Geogr.	Temp. gefroren		Beschaffenheiten heute früh 7 Uhr			
		Win.	Wind.	Wol.	Temp.	Wind.	Wetter
Berlin	110	1.7	8.8	-	1.5	80 3	frisch, trocken
Brand	130	0.7	8.5	-	2.0	80 3	bedeckt,
Borsig	260	-0.6	12.1	7	1.8	8W 1	bedeckt,
Bötzow	220	1.6	9.5	0.4	2.7	80 3	frisch,
Briesen	245	-0.4	5.4	-	1.9	S 2	frisch,
Coswig	222	0.2	8.0	0.5	2.0	S 1	bedeckt,
Dresden	200	0.2	8.5	1	2.5	S 1	frisch,
Döbeln	225	0.9	6.0	0.5	1.8	S 2	bedeckt,
Dömitz	245	0.1	8.5	1.4	1.1	N 2	-
Dömitz	260	-0.4	5.8	0.4	0.8	O 2	frisch,
Dresden	220	-1					

Dresdner Börse, 18. März.

Brüsseler Börse, 19
Deutsche Staatspapiere.

Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Aktiengesellschaft

Aktienkapital und Reserven:

M. 67 300 000.—
Hauptgesellschaft in Dresden:
Waisenhausstrasse 21 — Ringstrasse 2
Zweig- Bch. Wm. Bassenge & Co., Prager Str.

empfiehlt sich zur **Eröffnung laufender Rechnungen**
(Konto-Korrent-Verkehr);

Diskontierung von Geschäftswechseln
— Zahlstelle für Wechsel (Wechselformulare kostenlos); —

R_H = R_g = 10 M_g

Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme.

Zwei Vorträge der von der Weberschule veranstalteten Einzelvorträge in diesem Winter hielt vorgestern Dr. Prof. Dr. Nähler-Rachen über das Thema "Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme".

Um das Wesen des Industriebezirks zu erkennen, muss man ausgehen von dem alten Gegensatz zwischen Stadt und Land und von der Bedeutung der Großstadt für die Entwicklung des Industrie überhaupt, denn beide werden durch die neuzeitliche Bildung des Industriebezirks verwischt. In dreierlei Form erfolgt die Bildung des Industriebezirks, zunächst in Anlehnung an die großstädtische Siedlung. Ob die wachsende industrielle Bevölkerung auf die Dauer Platz im Rahmen der Großstadt hat, hängt von der Größe ihres Gebiets ab. Ganzheit findet sie in der Stadt selbst Platz. Mit dem Wachstum der Betriebe aber wandet sie sich an die Peripherie der Stadt, an die Stadtflur. Hier entstehen auch die ersten besiedelten Arbeiterviertel. Zunächst den alten Verkehrsstrassen folgend, schließen sie sich in die Ortschaft hinaus. Allmählich werden die dazwischen liegenden Flächen durch Bauanbau ausfüllt. Noche örtlichen werden von der Arbeitersiedlung befestigt und in den industriellen Großstadtkreis mit einbezogen. So dehnt sich der Industriebezirk ständig aus. Dresden selbst ist ein Beispiel davon, und fast bei jeder anderen Großstadt lässt sich diese Art der großstädtischen Industriebezirke beobachten.

Die industrielle Besiedelung auf dem Lande ist durch die Heimat und die Hausindustrie, namentlich die Textilindustrie, vorbereitet. Wir können hier eine ländliche Industriesiedlung beobachten, die Durchdringung ländlicher Regionen mit tiefgegründeten industriellen Akten, die gerade für das Königreich Sachsen so charakteristisch geblieben sind. Die Dörfer nehmen eine dichtere Besiedelungsweise an, die Häuser werden größer gebaut und vermietet, neue Werkhäuser entstehen. Die Landwirtschaft wird nicht verdrängt, aber sie ist nicht mehr die hervorhebende Tätigkeit der Bevölkerung. Die Industrie führt zur Entstehung von Anlaufunternehmungen, aber diese Anlaufunternehmungen sind in gewissen Grenzen. Die Betriebe sind kleine Kleinbetriebe, und die Arbeitskräfte verteilen sich zur Wohnung im weiten Umkreise. Diese industrielle Besiedelung des Landes bleibt für die in ihren Bezirken liegenden Städte nicht ohne Bedeutung; auch sie nehmen einen Teil der Industrie auf, aber sie sorgen die industrielle Bevölkerung keineswegs in dem Maße auf wie die Großstädte, wohl aber werden sie in stärkerem Maße zum Markt für die Industriebevölkerung und für die eigene Bevölkerung, zum Platz für Wohnorte und für die Hilfsindustrie. So stehen auch diese Städte unter dem Einfluss der Industriebezirke, ohne daß sie doch den Ausgang dieser Entwicklung bilden. Eine vollständige Neubildung von Städten in solchen Bezirken ist in Deutschland verhältnismäßig wenig vorgesehen. Beispiele bieten Eberfeld und das weit jüngere Barmen und Oberhausen und Homborn, das nach vor zehn Jahren eine aus einer Ansammlung von Orten zusammengeschlossene Landgemeinde war und jetzt eine Stadt von über 100 000 Einwohnern ist.

Eine dritte Art des Industriebezirks wird durch die monopolierten Formen des Erzbergbaus und Kohlenbergbaus hervorgerufen. Es entstehen im Erz- und Kohlengebiete große, eine gewisse Zahl von Arbeitskräften erfordernde Betriebe. Die Unterbringung dieser Arbeitskräfte muss ebenfalls ohne jede Verbindung mit der bisherigen Art der Besiedelung erfolgen. Die Besiedelung geschieht entweder in einem neuen städtischen Gebiete durch den Bergbauort meistens selbst oder durch, daß durch das freie Unternehmertum vorhandene Siedlung durch den Bau neuer städtischer Wohnungsgebiete für die neue Bevölkerung benutzt wird. Das Hauptmerkmal dieser industriellen Entwicklung in Deutschland ist ihre ungeheure Schnelligkeit. Zur Bergbau treibende Bevölkerung tritt aber noch eine weitere Bevölkerung hinzu, die durch die von ihm verursachten und ihm folgenden Industrien heranreagiert wird, und die landwirtschaftliche und ländliche Siedlungsweise verschwindet vollständig. Die historische städtische Siedlung erhält zwar als Anlaufpunkt für die neuen Siedlung eine übertragende Bedeutung, aber der Wille nach treten die neuen Siedlungen in den Vordergrund, die stadtähnlich sind, ohne daß sie doch den sozialen Aufbau der Städte zeigen. Man könnte sie als stadtlose städtische Ansiedlungen bezeichnen.

Der Dr. Nebert wendete sich nun zur Erörterung der praktischen Probleme der Industriebezirke. Besonders wichtig ist die Frage der Organisation dieser Neubildungen. Die Stadt als Verwaltungseinheit war bisher die Organisation für den Industriebezirk. Man hat aber übersehen, einerseits, daß die Stadt als solche nicht genügend Gebiete in sich einschließen kann, die der wohlsame Ausbau dannen entstehen sind (wie im Ruhrcrater oder Oderländer Gebiet), denn es gehört zum Leben der Stadt: sie ist aufgebaut auf den dichtgedrängten Ansiedelungen einer nebeneinander wohnenden Bevölkerung. Andererseits, daß zur Aufrechterhaltung einer Stadteinheit ein Kompromiß nachbarlicher Interessengemeinschaft gehört, die aber verloren geht, wenn die Entfernung größer wird. Noch viel weniger sind natürlich die kleineren Formen der Landgemeinde oder des Gutsbezirks für die Organisation der Industriebezirke geeignet. Es ist besonders zu beachten, daß die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den verschiedenen Körpern außerordentlich stark sind. Man hat nun weiter daran gedacht, ob nicht die größeren zu staatlichen Verwaltungseinheiten geschaffenen Verbände, wie Kreise, Provinzen entscheidend eingreifen könnten, um die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Industriebezirke in die Hand zu nehmen, aber das hat sich in der Praxis als nicht geeignet erwiesen.

Man muß also neue Wege suchen. Der Weg des Vertrags zur Lösgung gemeinschaftlicher Aufgaben ist nur in wenigen Fällen betreten worden, z. B. zur gemeinschaftlichen Kanalisation im Ruhrgebiet. Die Schwierigkeit liegt darin, daß keineswegs die nachbarlichen Korporationen auch ohne weiteres Interessen haben. Ferner darf man den Faktor der Industrie nicht vergessen. Gerade die großen Unternehmungen sind darauf angewiesen, mit ihren Betriebsanlagen die alten Behandlungseinrichtungen zu durchbrechen. Man wird daher auch in die rheinisch-westfälischen Industriegebiete geschehen, wo die Not umso größer zu neuen organisatorischen Verbänden Anlaß gegeben hat. Es handelt sich um einen durch Spezialgesetz vorgesehenen Zusammenschluß von öffentlich-rechtlichen Verbänden seit verschiedener Staaten mit Industriewerken, zu einer Verbandsbildung. Die Verbandsbildung, an der alle gleichzeitig und doch nicht gleichmäßig interessiert sind, erfordert sich nur auf einem oder mehrere bestimmte Zwecke. Daher werden die einzelnen nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit, sondern nach ihrem Interesse an der Durchführung des Zwecks und nach dem Maße, zu denen sie selbst dazu Anlaß geben, zu den Dingen herangezogen. Dieses Vorgehen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist vorbildlich gewesen, daß man in Preußen durch das Gesetz über die Zweckverbände die Möglichkeit geschaffen hat, einzelne kommunale Aufgaben durch die Bildung von freiwilligen und zwangsvertraglichen Verbänden ins Auge zu fassen. Eine andere Form zur Lösgung gemeinschaftlicher Aufgaben in einer eigenartigen Anwendung der Aktiengesellschaft hat sich ins-

besondere im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, A. G., zu sehen herausgebildet. In langjährigem Monopolvertrage hat dieses Elektrizitätswerk sich von den Gemeinden die Verpflichtung eines Netzes geholt, daß vom Mittelpunkt aus über 25 km seine elektrische Energie verteilt und neben der Stromlieferung für Licht und Kraft auch den Betrieb für Straßenbahnen und die Gaslieferung umfaßt. Das Aktienkapital von 38 Mill. M. haben die vom Werk versorgten Gemeinden und Kreise in Verbindung mit Privatkapital aufgebracht. Infolgedessen ist im Aufsichtsrat eine Vertretung dieser öffentlichen Körperschaften vorgesehen, und es befinden sich zurzeit sechs Oberbürgermeister und Landräte des Bezirks in diesem Aufsichtsrat. Man hat es also mit einer monopolierten Privatunternehmung größten Stils zu tun, die aber einen Einschlag öffentlich-rechtlichen Interesses erhält. Die hier auftauchende Frage ist die, ob in Form einer Privatgesellschaft das allgemeine Interesse vertreten wird, so lange die Kommunalverbände nicht über Aktienkapital verfügen. Mindestensdirektor Freytag schlägt eine Befristung der Aktiengesellschaft vor, damit, daß den bei einer Aktiengesellschaft bestehenden öffentlichen Körperschaften neben Sitz und Stimme im Aufsichtsrat ein Vorrecht eingeräumt wird, sobald ein die Interessen der kommunalen Korporation berührender Gesichtspunkt mitpricht. Andererseits sollen diese Korporationen auch verpflichtet sein, ihren Kredit in den Dienst dieser monopolierten Gesellschaft zu stellen. Er schlägt vor, diese Gesellschaft als gemischt wirtschaftliche Unternehmung zu bezeichnen. Zweifellos liegt ein großes Interesse vor, die Großindustrie an den organisatorischen Aufgaben des Industriebezirks zu beteiligen und doch die Selbstständigkeit der Kommunalcorporationen nicht aufzugeben.

Man hat auch aus den zunächst beteiligten Kreisen, insbesondere im Aufsichtsrat, eine staatliche Lösung des Problems verlangt.

Es sollen Spezialverbände mit besonderer Vollmacht gebildet werden. Besser als behördliches Eingreifen ist aber das Zusammenwirken aller Kräfte auf geeigneter Grundlage in den verschiedenen, den Zwecken angepaßten und deshalb möglichst leicht verbindlichen Formen. Zur Lösgung der Aufgaben des Industriebezirks müssen die widerstreitenden Interessen zusammengefaßt und auf das notwendige Ziel, einen Ausgleich der Gegenseite auf geeigneter Form zu finden, hingelenkt werden. Es handelt sich darum, nicht durch Aufhebung der bisherigen Organisationen, sondern, soweit als möglich, durch mannläufige Kombination der gesetzsfähigen Trägerkräfte der heute schon vorhandenen Organisationen die Lösgung der praktischen Probleme des Industriebezirks anzubauen.

Bodenreformertag in Dresden.

Der Landesverband Königreich Sachsen des Bundes deutscher Bodenreformer trat am gestrigen Tage in Dresden unter dem Vorsitz des Hrn. Legationsrates Dr. v. Schwerin-Dresden zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung erhielt der Generalsekretär Döhring den Kassen- und Jahresbericht, aus dem eine zwar nicht übermäßig schnelle, aber doch günstige Entwicklung der bodenreformatorischen Bestrebungen in Sachsen zu entnehmen war. Neue Ortsgruppen sind entstanden in Glauchau, Auerbach und Pirna, und in den älteren Ortsgruppen ist die Zahl der Mitglieder gestiegen. Es befinden sich unter den Mitgliedern vielfach einflußreiche Persönlichkeiten und Beamte. Die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen, vier Stadtgemeinden und eine Reihe Körperschaften, darunter die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft u. d. Mitglieder des Bundes. Eine Agitation unter der Lehrtäterschaft hat gute Erfolge gehabt. In Berlin ist für das ganze Reich eine Ausstellungssäle für Zuwachssteuerveranlagungen, Hypothekarrecht und Bauhandwerkerfragen errichtet worden. Der zu Pfingsten 1911 in der Hygieneausstellung abgehaltene Bundestag der deutschen Bodenreformer hat einen starken Mitgliederzuwachs zur Folge gehabt. Ein auf eine Anregung aus Sachsen hin in Berlin abgehaltener Festsitzung für Bodenreform war von etwa 300 Teilnehmern besucht und zu einem Ostern dieses Jahres stattfindenden ähnlichen Kursus sind bereits etwa 200 Anmeldungen erfolgt. Der nächste Bundestag der deutschen Bodenreformer in Sachsen findet 1913 in Leipzig statt. Mit Freude wird es begrüßt, daß in Sachsen die Gemeinden immer mehr darauf zu kommen, ihren Grundbesitz zu vergrößern. Es soll nun mehr darauf hingewiesen werden, daß dieser Grundbesitz bodenreformatorisch nutzbar gemacht wird. Die Werbung in industriellen Kreisen hat wider Erwarten nur wenig Erfolg gehabt. Die Kostenverhältnisse des Landesverbands sind geordnete. Dr. Legationssekretär Dr. v. Schwerin bemerkte hierzu ergänzend, daß sich die bisherigen Erfolge der bodenreformatorischen Arbeit in Sachsen in dem erwarteten Rahmen gehalten hätten. Die Sache der Bodenreform sei schwierig, sie sehe Kenntnisse vor, die bei den wenigen Leuten zu finden und schwer zu erlangen seien. Das gerechte der Sache aber nicht zum Schaden, sondern diene zur Lösgung der Sache. An der Bodenreform sei niemand so stark interessiert, wie gerade die Industrie. Daß man trotz dieser Tatsache aus industriellen Kreisen nicht mehr Unterstützung gefunden habe, liege in deren starker betrieblicher Intransigenz, die keine Zeit lasse zum Studium der Bodenreform. Er hoffe, daß sich das einmal ändern werde. In Rheinland-Westfalen sei ihm länglich gezeigt worden, daß der Einfluß der Industrie innerhalb der Parlamente des Reiches durchaus nicht der Bedeutung deshalb entspreche. Er weise demgegenüber darauf hin, daß sich dieser Einfluß nach der Menge der Opfer und der Arbeit richte, die man bereit sei, im öffentlichen Interesse zu leisten. Die Bodenreform sei für die Industrie das Wichtigste und Notwendigste. Dringend bedürfe die Bodenreform zum endgültigen Erfolge der Hilfe der gesamten Bevölkerung. Er müsse infolge seines Weganges aus Sachsen die Leitung des Landesverbandes niedersetzen. Diese Arbeit sei ihm eine Quelle der Freude gewesen und er werde die Sache der Bodenreform immer fördern. Dr. Damaskus-Berlin überbrachte die Grüße des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Bodenreformer, machte Mitteilungen über die schönen Erfolge des vorjährigen Bundestages in Dresden, gab bekannt, daß der nächste Deutsche Bodenreformertag in den diesjährigen Herbstferien in Böhmen stattfinden wird und beantragte, dem soeben aus dem Amte geschiedenen Reichsjustizrat Vermuth folgendes Telegramm zu senden: "Dem nächsten Landesverband des Bundes deutscher Bodenreformer, der heute in Dresden tagt, ist es ein Bedürfnis, in dem Augenblick, in dem er von dem Rücktritt Dr. Eggers erfreut, sich zum Vorsitzender des Tanzen zu machen, den das

deutsche Volk Dr. Eggers schuldet für die Einführung des großen Gedankens der Nutzarmachung des unverdienten Vermögens am Boden für die Aufgaben des Reiches. Über alle Wechselhände der Zeit hinaus wird diese Tat Dr. Eggers ein Ehrendenkmal in der deutschen Finanzgeschichte sichern". Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag freudig zu. Bei der nunmehr folgenden Vorhandswahl wurden die Herren Ministerialdirektor a. D. Wicki, Geh. Rat Baenig-Dresden, Exzellenz, zum Landesverbandsvorsitzenden; Standesherrschafstsbesitzer Dr. Naumann-Lippe zum stellvertretenden Vorsitzenden und Prof. Dr. Hähnel-Dresden, Sekretär Menschel-Chemnitz, Oberlehrer Probst-Pirna und Lehrer Schatter-Chemnitz als Beisitzer neu gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Es folgten nunmehr Berichte der Ortsgruppenvorsteher Herren Dr. Hähnel-Dresden, Oberlehrer Dr. Kühne-Leipzig, Oberlehrer Steuer-Chemnitz, Landgerichtsrat Kipp-Zwickau, Rechtsanwalt Oswald-Blauen i. B., Kommerzienrat Langhoff-Auerbach und Oberlehrer Probst-Pirna. Nachdem dann noch über die Eingabe des Landesverbandes zur Gemeindesteuerreform im Königreich Sachsen berichtet worden war, erfolgte eine allgemeine Aussprache, in der ausdrücklich betont wurde, daß den Bodenreformern die Verhältnisse des Grund und Bodens fernliegen und auch die soliden Haushalter in ihre Reihen gehören. An die Beratungen schlossen sich ein gemeinsames Mittagessen und ein Spaziergang.

Parteidewegung.

* Die diesjährige Sitzung des Landesausschusses des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen fand gestern unter sehr starker Beteiligung der gewählten Vertreter der verschiedenen Organisationen des Landes in Leipzig statt. Prof. Dr. Brandenburg-Leipzig eröffnete um 12 Uhr die Versammlung, worauf Abg. Bassermann das Wort ergriff. Er führte aus:

Die gegenwärtige Lage sei für die nationalliberale Partei und für die ganze Nation ernst. Frühlingsstürme hätten sich um die Partei und ihre Führung erhoben. Sie aber war eine Zeit der Spaltung in der Partei ungünstiger als jetzt, wo der Zentrumssturm sehr hoch in deutsche Lande hineinragt. Wer auf eine Spaltung zutreten wolle, sei vor jedem politischen Verständnis. Das Ergebnis der Reichstagswahl zwinge weiter zu Erwiderungen über das Anwachsen der äußersten Linien, die in Folge der Industrialisierung auch in Sachsen immer stärker werde. Der Kampf der Nationalliberalen werde daher gegen die Sozialdemokratie notwendigerweise immer stärker werden. Wenn ein Linksbund darin gelingen werde, doch Abkommen mit der sozialistischen Volkspartei getroffen werden seien, so sei das grundsätzlich; denn es handelt sich hierbei nur um soziale Verständigungen. War früher nicht oft hierbei nur um soziale Verständigungen, daß es nicht oft durch soziale Verständigungen auch leider viele Buntentümmler enthalten sind. Dazu kommt das Schwanken der Regierung! Die Sehnsucht der Nation nach großen Zielen sei sehr stark, werde aber nicht befriedigt. Das Ergebnis der Wahlen sei für rechts und links ungez. pari; daher die Schwierigkeiten bei der Präsidentenwahl. Ohne weiteres preisgegeben worden sei von Präsidentenleitung und Fraktion die Stimmabgabe für Bebel. Die Nationalliberalen wollten ein Arbeitsverständnis, ein Großblockverständnis dagegen sei grundsätzlich falsch abgelehnt worden. Bei der zweiten Präsidentenwahl scheiterten die Verhandlungen an dem Widerstand der Rechten gegen seinen (Westermann) Vorschlag, einen Rechtspartei zum zweiten Vizepräsidenten zu wählen. — Seit der Präsidentenwahl hätten sich wichtige Ereignisse in der Politik abgetragen. Der beste Staatssekretär des Reichskanzamts Bermuth sei gegangen, dessen Beliebtheit auch von seinem Gegner gewürdig worden wäre. Es sei ein eigenartiges Geleid, es Dr. v. Westermann, daß er Persönlichkeiten verbraucht wie ihm, v. Rheinbaben, Denkberg, v. Lindquist und jetzt Bermuth. Der Eindruck wird sehr ungünstig sein: Dr. v. Hertling kam und Dr. Bermuth ging. Die angekündigte Aufhebung der "Liebesgabe" sei grundsätzlich anzunehmen, schon weil damit ein wilder Agitationststoff entwirkt. Das Parlamentarische System sei im Marsch; aber der Schriftmacher sei das Zentrum. Das habe der Ministerwechsel in Bayern nach den Wahlen bewiesen. Dann wandle sich der Reiter wieder gegen den Vortrag der Linksvereinigung der Nationalliberalen. Die Nationalliberalen hätten den imperialistischen Gedanken stets hoch gehalten, ohne Leistungen zu verlangen. Die nationalliberale Partei sei der Erzieher zum nationalen Gedanken geworden. Mitteparteien seien stets der Kritik am meisten ausgesetzt. An der Vernichtung der konservativen Partei hätten die Nationalliberalen kein Interesse; beläugenswert sei die Kritik von Zentrum und Sozialdemokratie. Das Programm der Partei habe keine Änderung erfahren, doch müsse sie auch liberal-sozial gründen, um die 4½ Mill. sozialdemokratischen Wähler auf nationalen Boden zurückzuführen. Die nationalliberale Partei müsse die Kraft haben, innere Konflikte zu verhindern, um soziale Verständigungen zwischen realistischen und radikalen Bestrebungen. Man müsse der neuen Zeit mutig entgegensehen, man brauche Freiheit, Licht, Empfehlungen für die große Masse des Volkes; man wolle eine Politik, die Vertrauen entgegenbringt und Vertrauen zurückgewinnt!

An den Vortrag schloß sich eine lebhafe Debatte, die mit der einstimmigen Annahme einer Resolution endete, in der dem Abg. Bassermann von Seiten des Landesausschusses für seine Ausführung gedankt und zum Ausdruck gebracht wurde, daß man zu seiner Führung volles Vertrauen hege. Aus dem dat. us von dem Generalsekretär Dr. Westenberg erhielt der Vortragsteller eine Zusicherung, daß sich die Zahl der dem Landesverein angehörigen Vereine und Ortsgruppen von 148 im Jahre 1910 auf nunmehr 162 vermehrt hat. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 19950 auf 20765 gekommen. Als Vertreter des Landesvereins wurden in den Generalvorstand gewählt: Prof. Dr. Brandenburg-Leipzig, Rechtsanwalt Freigang-Chemnitz, Stadtrat Grazer-Blauen, Landgerichtsrat Dr. Heinze-Dresden, Landgerichtsrat Dr. Schreyer-Zwickau, Dr. Stresemann-Dresden, Dr. Vogel-Dresden, Dr. Weber-Böbau.

* Der Generalausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hielt gestern und vorigerabend in Berlin seine Versammlungen ab. Der Abg. Fischer erhielt den Geschäftsbereich der Partei und ging dabei ausführlich auf die Wahlergebnisse, die Stimmabstimmungen der Partei und das Stimmabstimmung mit der Sozialdemokratie ein. Hierbei betonte er, daß die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung, die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei sei an die Verteilung der Sozial-

demokratie mit dem Eruchen herangetreten, jenes Abkommen zu schließen, unrichtig sei. In Wirklichkeit habe die sozialdemokratische Parteileitung derjenigen der Fortschrittlichen Volkspartei zweckvergleiche der Redner den Abschluss des Abkommens als notwendigen Auszug des Ergebnisses der Hauptwahl und als Konsequenz der politischen Haltung der Partei, die auf die Besetzung der schwarz-blauen Mehrheit gerichtet war. In der lebhaften Aussprache wurde festgestellt, daß die Geheimhaltung des Abkommens auf Wunsch der Sozialdemokratie beschlossen worden sei. Die taktische Haltung der Parteileitung land die Billigung der großen Mehrzahl der Redner. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es sich um eine rein katholische, für die zeitweilige Situation geschaffene Vereinbarung gehandelt habe, wodurch die Selbständigkeit der Partei in keiner Weise verbraucht werde. Rehbach wurde die Überzeugung geäußert, daß die Partei eine erfreuliche Stellung insofern konsequenter Haltung erholen werde. Nach eingehender Aussprache wurde in einer Resolution dem geschäftsführenden Ausschuss für seine Erfolgreiche Wirknahme bei den letzten Reichstagswahlen Dank und Anerkennung ausgesprochen, und von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Unter Beifall des Zentralausschusses forderte er den Abzug Kämpf und Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

Bergarbeiterbewegung.

I. In Deutschland.

a) Sachsen.

Zwickau, 17. März. Eine heute hier abgehaltene Delegiertenversammlung der Bergarbeiter des Zwickauer Reviers nahm eine Resolution an, in der von den ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Arbeiterausschüssen und den Betriebsverwaltungen Kenntnis genommen wird. Die Delegiertenversammlung war einmütig der Ansicht, daß es nunmehr keinen anderen Weg mehr gebe als den Streik. Sie forderte daher alle Kommandaten auf, diesen mit aller Kraft unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung durchzuführen. Die Resolution wurde heute in sechs Bergarbeiterverkammungen im ganzen Zwickauer Revier vorgelegt, begrüßt und einstimmig angenommen. Die Bergarbeiter melden sich morgen früh bez. zur Nachtschicht bei den Werken und treten in den Ausstand.

Auch in dem Lugau-Döhlauer Revier treten die Bergarbeiter morgen in den Ausstand. Der Bergbauliche Verein für Zwickau und Lugau und Oelsnitz verhieß eine Auslassung, in der die Forderungen der Bergarbeiter, die jedes Mal verneinten liegen, abgelenkt werden. Die Gründe dazu werden in der Auslassung wie folgt dargelegt: Die Kostenpreise für das Jahr 1912 seien niedriger als die des Vorjahrs; dagegen seien die Löhne im Jahre 1912 weiter gestiegen und hätten die durchschnittliche Höhe des Jahres 1907 wieder erreicht. Die verlangte Erhöhung der Schichtlöhne von 30 Pf. würde einen Wehrschlag von über 2 Millionen ergeben. Mit dem Mindestlohn könnten sich die Werke leinesfalls einverstanden erklären. Außerdem lehnten sie entschieden die geforderte Arbeitszeit ab. Die Erfüllung aller Forderungen der Bergarbeiter würde den Bergbau auf den Weiterbetrieb der Gruben bedrohen, für die die Verwaltungen ergebe sich aus der vollständigen Unvereinbarkeit der Forderungen mit der wirtschaftlichen Lage der Zwang, überhaupt abzusehn. Sie erkennen an, daß es in ihrem Interesse liege, die Arbeiten an einer günstigeren Konjunktur durch höhere Löhne teilnehmen zu lassen, könnten aber eine solche Erhöhung nur in gleichem Schritt mit der Besserung der Marktlage vornehmen, und eben diese Entwicklung würden die Arbeiter durch einen unangebrachten Ausstand unterbinden.

b) Außengebiet.

Eisen (Ruhr), 17. März. Bei der gestrigen Morgenbesprechung des Bergarbeiter-Dreibundes ist durch schwächeren Bevölkerung ein Abflauen des Streiks im Bochumer Bezirk erkannt. Es hatten sich nur etwa 2000 Personen eingefunden. Die Stimmung war augenscheinlich sehr gedrückt. Der Reichsbargabordnete Sachsen forderte auf, heute und morgen besonders eifrig zu agieren. — Die Außändigen seien mit einer sofortigen Erhöhung von 10 Proz. und der Zusicherung einer weiteren Erhöhung um 5 Proz. vom 1. April ab zufrieden. Aus den übrigen Bezirken des Streitgebietes wird berichtet, daß der heutige Sonntag vollständig ruhig verlaufen sei. Rüngsdorf kam es zu Brüchenfällen oder Unruhen.

c) Teilstreitrevier.

Hannover, 18. März. Auch im Teilstreitrevier ist eine Bergarbeiterbewegung im Gange. In Bad Nenndorf fand eine Streitversammlung statt. In Büderich wollen die Bergarbeiter heute eine Versammlung abhalten.

d) Oberschlesien.

Kattowitz, 17. März. Wie die „Oberschlesischen Nachrichten“ melden, sah die Konferenz der oberschlesischen Bergarbeiterführer, die gestern hier tagte, nach einer mehrstündigen lebhaften Debatte vorläufig von einem Streitbeschluß ab und faßte folgende Resolution, die morgen in allen Bergversammlungen angenommen werden soll: Die heutige von den fünf oberschlesischen Bergarbeiterorganisationen abgehaltene Konferenz bedauert einmütig, daß die oberschlesischen Bergarbeiterführer nach den von ihnen eingegangenen Antworten auf die Lohnanträge vom 6. d. M. die Arbeiterschaften nicht als befriedige vertreten anerkannt. Die Konferenz erklärt aber ebenso einmütig, von den Forderungen einer Lohnaufbesserung nicht abzugehen, sie wird jedoch im Interesse des sozialen Friedens zunächst die Beliefschaften der einzelnen Gruben veranlassen, die Lohnforderungen durch die Arbeiterausschüsse bei den einzelnen Direktionen vorzutragen zu lassen, und hofft, daß sie dort An-

erkennung finden. Die Konferenz behält sich weitere Beschlüsse vor.

II. In Böhmen.

Teplice, 17. März. Eine Versammlung der tschechisch-anarchistischen und tschechisch-nationalen Bergarbeiter in Brünn beschloß heute, morgen früh nicht einzufahren.

III. In Großbritannien.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um, wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Auf Schluß des Premierministers haben die Bergarbeiter und die Bergarbeiterverbände ernannt, die sich mit der Regierung über den Gesetzentwurf verhandeln sollen.

In den Städten Bellshill und Blantyre im Bergwerksbezirk der schottischen Grafschaft Lanarkshire samten es gestern wegen der Wiederaufnahme der Arbeit durch 200 Bergleute zu ersten Arbeitseintritten. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedauerte der Redner. Hinsichtlich der Wehrvorslagen empfahl er eine abwartende Haltung. Die Ausstellung der Erbansprüche bedeute, daß der Zentrumseinfluß sich auf dem Weg über Bayern im Bundestag geltend mache. Die geplante Aufhebung der Viehbedeckung müsse innerhalb als ein Erfolg der liberalen Agitation angesehen werden, wenn man sie auch nicht übersehen dürfe. Die Linke habe im neuen Reichstag die Fähigkeit, Schlimmes zu verhindern; ob auch die Fähigkeit, Gutes zu schaffen, könne erst die Zukunft lehren. Mit Dankesworten für die Leistung und mit einem Hoch auf die Partei schlossen die Verhandlungen, an die sich im Centralhotel ein gemeinsames Festmahl schloß.

London, 17. März. Das Robinet ist gestern unter dem Befehl des Premierministers Asquith zusammengetreten, um,

wie es heißt, den Entwurf des Gesetzes über den Mindestlohn festzustellen. Die Menge bewarf die Polizei, welche die erfolgreichste Wirkung bei den letzten Reichstagswahlen Dant und Anerkennung ausgesprochen, und die von der Parteileitung getroffene tatsächliche Maßnahmen wurden gebilligt. Der Abg. v. Pöhl berichtete über die politische Lage. Er warf einen Rückblick auf die Wahlen, kennzeichnete die Majoritätsverhältnisse im Reichstag und erörterte eingehend die Vorgänge bei der Präsidentenwahl. Dose für die Übernahme der Präsidentenposten in so schwierige Situation. Den Abgang Bermuths, der die ehrliche Absicht gehabt habe, die Finanzen des Reiches auf gesunde Grundlage zu stellen, bedau